

Die Gleichheit

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen

Mit den Beilagen: Für unsere Mütter und Hausfrauen und Für unsere Kinder

Die Gleichheit erscheint alle vierzehn Tage einmal.
Preis der Nummer 10 Pfennig, durch die Post vierteljährlich
ohne Bestellgeld 55 Pfennig; unter Kreuzband 85 Pfennig.
Jahres-Abonnement 2,60 Mark.

Stuttgart
20. August 1913

Zuschriften an die Redaktion der Gleichheit
sind zu richten an Frau Klara Zetkin (Zunede), Wilhelmshöhe,
Post Degerloch bei Stuttgart. Die Expedition befindet sich
in Stuttgart, Furtach-Strasse 12.

August Bebel ist tot!

Ein halbes Jahrhundert hat August Bebel das Proletariat durch die Tiefen und über die Höhen der geschichtlichen Entwicklung geführt. Der größte Repräsentant, der getreue Eckehard seiner Klasse hat die Augen geschlossen. Der Vorkämpfer für das Recht, die Befreiung des Weibes durch den Sozialismus ist nicht mehr. Das ist die erschütternde Kunde, die uns in dem Augenblick wird, wo diese Nummer gedruckt werden muß. Was wir alle an Bebel verlieren, das können wir nicht in dieser Stunde zum Ausdruck bringen.

Das Inhaltsverzeichnis befindet sich am Schlusse dieser Nummer.

Zur Haltung der Reichstagsfraktion.

Ein frischer, kräftiger Wind der Kritik weht durch die Sozialdemokratie, wie er seit langem nicht gespürt worden ist. Und das ist das Kennzeichnende dieser Erscheinung: nicht „Literaten“ haben in Redaktionsstuben, am Schreibtisch Auseinandersetzungen angeblasen, die von den Truppenmassen der Partei als ein müßiger Streit um „Doktorfragen“ empfunden werden. Die Selbstkritik bricht vielmehr unaufhaltsam aus diesen Massen selbst hervor, und sie findet in den Verhandlungen der Organisationen einen weit stärkeren und schärferen Ausdruck als in einem Teil der Parteipresse. Zumal gilt das von den Organen, die theoretisch und taktisch führend der Gesamtpartei vorangehen sollten, die aber bis jetzt höchstens unvollständig registrierend nachhinken. Neben dem Massenstreik ist es die Haltung der Reichstagsfraktion beim Kampfe um die Wehr- und Deckungsvorlagen, die den Angelpunkt der Erörterungen bildet. Noch ehe daß der Reichstag seine Pforten geschlossen hatte, begann sich weiter Parteikreise ein Gefühl des Mißbehagens, des Unbefriedigtseins mit dem Ergebnis dieses Kampfes zu bemächtigen. Nun hat sich das Gefühl zu einer aufrechten, ungeschminkten Kritik an dem Verhalten unserer Reichstagsfraktion verdichtet, zu einer Kritik, die sich bisher durch Ernst und Sachlichkeit auszeichnet. Ist diese Kritik berechtigt? Nach unserer Überzeugung ja! Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat die Wehrvorlage nicht in allen Stadien der Beratungen mit der nötigen gleichen höchsten Energieentsfaltung bekämpft; sie hat durch ihre Einwilligung zu der Trennung von Wehrvorlage und Deckungsvorlagen den Liberalen das Kopfnicken zu den schamlosen Ansprüchen des Militarismus erleichtert und den rascheren Abschluß des imperialistischen Vorstoßes ermöglicht; sie hat durch ihre Zustimmung zu dem Wehrbeitrag und der Reichsvermögenszuwachssteuer den sozialdemokratischen Grundfaß beiseite geschoben: dem Militarismus keinen Groschen. Niemand wird behaupten, daß die Reichstagsfraktion bei der ersten Lesung der Wehrvor-

lage unsere grundsätzliche Forderung: Abschaffung des stehenden Heeres und Einführung der allgemeinen Volksbewaffnung, ängstlich in die Tasche gesteckt habe. Sie hat sie mit Treue und Geschick vertreten, und im einzelnen ist viel Treffliches und Scharfes gesagt worden. Allein im ganzen hat es an dem Tone gefehlt, der die Musik macht. Die Wucht und Großzügigkeit war nicht da, mit der nach unserem Empfinden die Vertreter des Klassenbewußten Proletariats in diesem geschichtlich bedeutsamen Augenblick reden mußten, wo der Imperialismus der besitzenden Mehrheit in seiner brutalen Gefräßigkeit über die Interessen der ungeheuren Mehrheit des Volkes wegstampfte, wo die wirtschaftliche und politische Weltlage, wo die Feueräulen und Blutströme des Balkankriegs und der Rüstungsrummel in Frankreich, England und anderen Staaten mit wünschenswerter Deutlichkeit auf sein Wesen und seine Bedeutung hinwiesen. In den Kommissionsberatungen ist nicht unerbittlich genug der trügerische Schein zerstört worden — er wurde von der bürgerlichen Presse gebliffentlich genährt —, als ob die dort ausgekramten politischen und militärtechnischen Gründe für die ungeheuerliche Heeresverstärkung die Unbeugbarkeit der sozialdemokratischen Gegnerschaft zu mildern vermocht hätten. Erst bei der zweiten Lesung der Wehrvorlage stand die sozialdemokratische Reichstagsvertretung auf der Höhe der Situation. Hier rang sie zehn Tage lang Brust an Brust mit dem tödlichen, gewaltigen Todfeind des Proletariats und riß ihm durch ihre gut gewählten und meist schneidig verteidigten Reformanträge schonungslos alle gleichenden Fittler vom Leibe.

Allein so groß und unbestritten das Verdienst der Fraktion ist, die Situation zum Kampfe gegen den Militarismus voll ausgenutzt zu haben, so wenig darf sie sich rühmen, daß sie durch eine kluge Taktik diese Situation geschaffen hat. Unsere Reichstagsvertretung hat ihre Zustimmung zu der Trennung von Wehrvorlage und Deckungsvorlagen, zur sofortigen zweiten Lesung der ersteren gegeben, weil offenbar vor den Blicken ihrer Mehrheit wieder einmal das Schemen eines reformfreundigen Liberalismus gaukelte und damit die Hoffnung auf einen „Block der Linken“. Selbstverständlich das alles nicht für die Wehrvorlage, wohl aber für die Gestaltung der Deckungsvorlagen. Nachdem die liberalen und fortschrittlichen Rüstungsfanatiker in inniger kapitalistischer Seelengemeinschaft mit den Konservativen und Zentrümlern den Appetit des Imperialismus befriedigt hatten, so konnten, so mußten sie sich mit der Sozialdemokratie vorübergehend zusammenfinden, um den Anfang einer „gründlichen Finanzreform“ zu schaffen. Diese Annahme hat zweifellos die Haltung eines großen Teiles der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion beeinflusst. Das aber um so entscheidender, als die nämlichen Genossen glaubten, die Sozialdemokratie müsse ihre größte Stohkraft zum Kampfe um die Kostenrechnung zusammenballen, da — die Dinge rein parlamentarisch betrachtet — die Schlacht gegen die Heeresvermehrung von vornherein verloren sei. Jedoch die Ereignisse gingen wieder einmal nicht, wie sie im Auf-

tigen Reich der Hoffnungen und Wünsche gehen konnten, sondern wie sie im engen Raume der kapitalistischen Ordnung auf der erreichten Entwicklungsstufe gehen mußten.

Wohl genossen die stillen Gläubigen des „Block von Bebel bis Wassermann“ laut und reichlich den Triumph, daß bei den Deckungsvorlagen mit dem schwarzblauen Block die unbequeme „eine reaktionäre Masse“ der bürgerlichen Parteien zerfiel, die von Anfang an entschlossen gewesen war, Wilhelm II. die Wehrvorlage als „Jubiläumsgabe“ ehrfürchtig darzubringen. Die Blauen waren von der Majorität ausgeschaltet, die der Regierung mit verständnisinnigem Händedruck die Riesensummen für die Kosten der militaristischen Orgie überreichten. Allein dafür mußten die befagten Gläubigen den Schmerz hinunterwürgen, daß die Liberalen die Bundesbrüderschaft mit den Schwarzen dem Zusammenwirken mit der Sozialdemokratie vorzogen. Den Grund dafür kann ein Blinder mit dem Stocke fühlen. Die Liberalen griffen begierig nach der Gelegenheit, mit den Zentrümern zusammen Deckungsvorlagen zurechtzuschustern, über die sich die „ausgeschalteten“ Junker ins Häustchen lachen konnten, weil diese Helden die Möglichkeit weit von sich weisen wollten, in Gemeinschaft mit der Sozialdemokratie die ersten Schritte zu einer gründlichen Steuerreform zu tun. Zentrümern und Liberalen brauchten Zeit, um sich über den Kuhhandel einig zu werden, der die Sozialdemokratie um jeden Einfluß prellte, wie die Rechnung des Imperialismus beglichen werden sollte. Die bürgerliche Mehrheit ließ die Sozialdemokratie bei der zweiten Lesung reden, bis das Geschäft fertig war, dann peitschte sie die restlichen Beratungen und die definitiven Entscheidungen mit einer skandalösen Eilfertigkeit durch, die ein blutiger Spott auf die Bedeutung der Vorlagen, auf die Folgen ist, die ihre Annahme für die breitesten Volksmassen haben muß. Bei der dritten Lesung der Wehrvorlage maß sich die Sozialdemokratie nochmals in kraftvollem Waffengang mit dem Feinde, von der Umstände Gunst gehoben. In der Atmosphäre des Erfurter Schreckensurteils mußte jeder ihrer Siege verdoppelte Wucht, jede ihrer Anklagen zündendere Gewalt erhalten. Unmittelbar darauf zeigte die Verhandlung der Deckungsvorlagen, wie gründlich die Sozialdemokratie von Liberalen und Zentrümern in die Ecke gedrückt worden war. Nicht einmal auf den Gang der parlamentarischen Geschäfte hatte sie so viel Einfluß, um auch nur eine leidlich anständige Erörterung der Deckungsvorlagen durchsetzen zu können. Und statt den Ansätzen zu einer weitzielenden Finanzreform sah sie sich einem jämmerlichen Gelegenheitspuschwerk gegenüber, das einer solchen Reform den Weg verlegt und die Massen mit schwerster künftiger Weiterbelastung bedroht. Trotz alledem warf die sozialdemokratische Fraktion dem Reichstag nicht die Spottgeburt aus kapitalistischem Dreck und ohne Reformseuer vor die Füße. Indem sie für den Wehrbeitrag und die Reichsvermögenszuwachssteuer stimmte, bewilligte sie Millionen, die unverhüllt den Zwecken des Imperialismus, der Ausdehnung und Befestigung der kapitalistischen Klassenherrschaft dienen werden. Die feierliche Prinzipienklärung, die die Fraktion zu ihrer Abstimmung abgeben ließ, unterstreicht nur den opportunistischen Charakter des Handelns. Die Dinge haben ihre eigene steifnackige Logik, die sich durch die schönsten Worte nicht korrigieren läßt. Die Sozialdemokratie schloß die Schlacht gegen den Imperialismus zwar mit einem schmetternden Lufch für ihre Prinzipien, aber mit dem Bruch des Grundsaßes und der Tradition der Partei: dem Militarismus keinen Groschen. Wie ist all das zu verstehen und zu bewerten?

Der Trommellaut, mit dem die Fraktion in den Kampf zog, ist augenscheinlich durch die Auffassung gedämpft worden, daß das Zustandekommen der Wehrvorlage dank dem Bewilligungsseifer aller bürgerlichen Parteien gesichert sei, auch wenn die Sozialdemokratie im Reichstag noch so leidenschaftlich und zäh kämpfte. Der Blick mancher unserer Abgeordneten wanderte nicht über die aussichtslose parlamen-

tarische Konstellation hinaus zu den lebendigen politischen Streitkräften, die es außerhalb des Reichstags zum schärfsten Kampf gegen die Wehrvorlage und zum dauernden Ringen mit dem Imperialismus zu mobilisieren galt. Die nur parlamentarische Betrachtung der vorliegenden Aufgabe ließ zu Anbeginn des Kampfes keine rechte Kraftentfaltung und Siegeszuversicht aufkommen. Aber tragen die proletarischen Massen nicht selbst einen großen Teil Schuld daran, daß solche Auffassung überhandnehmen konnte? Sind sie nicht viel zu wenig zahlreich und entschlossen auf den Plan getreten, haben sie nicht zu leise und schüchtern gesprochen? Das trifft gewiß zu, fordert aber nur eine um so schärfere Kritik an dem Verhalten unserer Reichstagsvertretung, an der Aktion der Partei überhaupt heraus. Der Internationale Sozialistische Kongreß zu Basel mit dem geschichtlichen Um und Auf der Stunde hatte eine gewaltige, hinreißende Fanfare zum Kampf wider den Imperialismus ertönen lassen. Sie rief das deutsche Proletariat leider nicht zu einer so scharfen Aggressive gegen den Feind, daß auch der kapitalfrömmsten und geriebensten Regierung die Lust zu einer Wehrvorlage vergangen wäre. Sogar die talentlose Regierung eines Bethmann Hollweg konnte es so wagen, dem werktätigen Volk das imperialistische Ansinnen der riesigsten Militärvorlage ins Antlitz zu schlagen, die wir bis jetzt kennen, und konnte sich erdreisten, die Ausgebeuteten mit dem Märchen der Deckungsvorlagen zu narren, die Besitzenden würden nicht mehr die Nutznießer, sondern die Lastenträger der Rüstungstollheit sein. Das rührselig-verlogene Geschwafel von dem patriotischen „Jubiläumsoffer“ der Reichen und Sehreichen hat unstrittig das Seinige dazu getan, den Widerstand der Proletarier und kleinen Leute gegen das verderbliche Ausreden des Militarismus abzusumpfen. Jedoch gerade weil das zu befürchten war, mußte die Fraktion von der ersten Minute an alle in ihr beschlossenen Energien entfesseln, alle vorhandenen Möglichkeiten hartnäckigen Kampfes bis zum äußersten ausnützen; mußte sie durch die unerhörte Kühnheit und Wucht ihres Ansturms die Blicke der breitesten Volksschichten auf sich ziehen und in leidenschaftlicher Spannung auf sich gerichtet halten; mußte sie vor allem auch das letzte Spinnwebfädchen des Scheins fortsetzen, als ob von nun an die ausbeutende Minderheit aus ihren von den Ausgebeuteten gefüllten Schatzfäden die reiche Tafel des Militarismus bestellen werde. Man prüfe die Haltung der Fraktion an diesen Forderungen, und die sich fast allerwärts regende Kritik erscheint gerechtfertigt. Paßt es insbesondere nicht zu ihnen wie die Faust aufs Auge, daß der Wehrbeitrag und die total verhungzte Vermögenssteuer die Zustimmung der Sozialdemokratie erhielten? Gewiß, denn dadurch wurde für Hunderttausende und aber Hunderttausende unaufgeklärter Proletarier der Schein gestärkt, als ob tatsächlich in den Deckungsvorlagen das Mailüsterl einer Steuerreform und der kapitalistischen Opferfreudigkeit wehe.

In Verbindung mit der Auffassung, daß der Sieg des Militarismus unabwehrbares Geschehen sei, erblickte unsere Fraktionsmehrheit die Deckungsvorlagen in einer unrichtigen Perspektive. Der Kampf um die Verteilung der neuen Lasten erschien ihr als ihre jetzige Hauptaufgabe, erschien ihr als der Boden, auf dem sie um jeden Preis ein Hälmchen „positiver Ergebnisse“ ernten mußte. Konnte die Sozialdemokratie der Regierung und den bürgerlichen Parteien nicht mit Erfolg in den Arm fallen, wenn diese „patriotische“ Kampagne dem Volk erhöhte Blutsteuer abpreßte, so mußte sie wenigstens bedacht sein, es vor noch drückenderer Gütssteuer zu schützen. Diese Schlussfolgerung ist „an und für sich“ selbstverständlich, ist unanfechtbar richtig als abstrakte, allgemeine Formel. In ihrer Anwendung auf die vorliegenden tatsächlichen Verhältnisse wird sie jedoch zum Irrlicht, das zu der opportunistischen Abstimmung der Fraktion bei den Deckungsvorlagen geführt hat. Das wäre unmöglich gewesen, hätte sich die Mehrheit unserer Genossen im Reichstag nicht über die sehr beschränkte praktische Bedeutung einer Steuer-

reform in der bürgerlichen Gesellschaft getäuscht. Marx hat sie in diesen Sätzen bloßgelegt:

„Die Steuerreform ist das Stedenpferd aller radikalen Bourgeois, das spezifische Element aller bürgerlich-ökonomischen Reformer. Von den ältesten mittelalterlichen Spießbürgern bis zu den modernen englischen Freetradern dreht sich der Hauptkampf um die Steuern. Die Steuerreform bezweckt entweder Abschaffung traditionell überkommener Steuern, die der Entwicklung der Industrie im Wege stehen, wohlfeileren Staatshaushalt oder gleichmäßigere Verteilung. Der Bourgeois jagt dem schimärischen Ideal der gleichen Steuerverteilung um so eifriger nach, je mehr es in der Praxis seinen Händen entwindet.

Die Distributionsverhältnisse, die unmittelbar auf der bürgerlichen Produktion beruhen, die Verhältnisse zwischen Arbeitslohn und Profit, Profit und Zins, Grundrente und Profit können durch die Steuer höchstens in Nebenpunkten modifiziert, nie aber in ihrer Grundlage bedroht werden. Alle Untersuchungen und Debatten über die Steuer setzen den ewigen Bestand dieser bürgerlichen Verhältnisse voraus. Selbst die Aufhebung der Steuern könnte die Entwicklung des bürgerlichen Eigentums und seiner Widersprüche nur beschleunigen.

Die Steuer kann einzelne Klassen bevorzugen und andere besonders drücken, wie wir dies zum Beispiel unter der Herrschaft der Finanzaristokratie sehen. Sie ruiniert nur die Mittelschichten der Gesellschaft zwischen Bourgeoisie und Proletariat, deren Stellung nicht erlaubt, die Last der Steuern einer anderen Klasse zuzuwälzen.

Das Proletariat wird durch jede neue Steuer eine Stufe tiefer herabgedrückt; die Abschaffung einer alten Steuer erhöht nicht den Arbeitslohn, sondern den Profit. In der Revolution kann die zu kolossalen Proportionen geschwellte Steuer als eine Form des Angriffes gegen das Privateigentum dienen; aber selbst dann muß sie zu neuen revolutionären Maßregeln weitertreiben oder schließlich auf die alten bürgerlichen Verhältnisse zurückführen.

Die Verminderung, die billigere Verteilung usw. der Steuer, das ist die banale bürgerliche Reform. Die Abschaffung der Steuer, das ist der bürgerliche Sozialismus. Dieser bürgerliche Sozialismus wendet sich namentlich an die industriellen und kommerziellen Mittelstände und an die Bauern. Die große Bourgeoisie, die schon jetzt in ihrer besten Welt lebt, verschmäht natürlich die Utopie einer besten Welt.“*

Marxens klare Einschätzung einer bürgerlichen Steuerreform behält aber in den Zeitläuften des reifen Kapitalismus, der imperialistischen Politik mehr recht als je. Denn alle Rücksichten der herrschenden Gewalten auf Steuerhöhe und Steuerverteilung verblasen bis zum vollständigen Verschwinden angesichts der unabwiesbaren Notwendigkeit, wachsende Mittel für den Militarismus aufzuwenden. Dieser ist ja aus einem Zucht- und Machtmittel des absoluten Gottesgnadentums zu einem Faktor des wirtschaftlichen und politischen Lebens geworden, ohne den der Kapitalismus nicht mehr zu bestehen, seine Herrschaft auszudehnen und zu befestigen vermag. Bei diesem Stande der Dinge hat die Fraktion das Umgekehrte von dem getan, was sie tun mußte, die gesellschaftliche Entwicklung und die dauernden Klasseninteressen des Proletariats vor Augen. Sie richtete ihren Blick mehr auf die lustige Schimäre einer „gesunden Finanzreform“ als auf den sehr körperlichen Gesellen des eisengepanzten Imperialismus. Das wird sich in nächster Zukunft schon insofern rächen, als der Imperialismus der unerfättlichste und erbarmungsloseste Steuererpresser ist, den die Geschichte kennt.

Mühten aber die Enterbten ohne die Zustimmung der sozialdemokratischen Fraktion zu Wehrbeitrag und Reichsvermögenszuwachssteuer nicht noch eine weitere, höhere Steuerbürde tragen? Es ist das behauptet worden, aber wir glauben es nicht. Auch das innigste Wünschen und rücksichtsloseste Drängen der herrschenden Gewalten, die Kosten für den Imperialismus unmittelbar und offen durch Besteuerung des

Lebensbedarfs aus den Taschen des werktätigen Volkes zu raffen, findet seine Schranken. Es muß mit der wirtschaftlichen Konjunktur, mit der Konsum- und Steuerfähigkeit der Massen, mit ihrer politischen Kammsgebuld rechnen. Seit der Finanzreform von 1909 werden die Massen bis zum Weißbluten geschöpft, eine aufziehende Krise kündigt sich an, und bei den letzten Reichstagswahlen haben mehr als vier Millionen Wähler sich für die Politik der Sozialdemokratie erklärt. Nicht einmal die Partei des patentierten Volksverrats und Volksbetrugs, das Zentrum, hätte sich unter diesen Umständen erküht, die indirekte Steuerschraube fester anzudrehen. Mit der Regierung mußten sich alle bürgerlichen Parteien dazu bequemen, seufzend und fluchend einen Griff nach dem bürgerlichen Allerheiligsten, dem Portemonnaie der Besitzenden zu tun. Und an diesem Zwange würde sich auch dann nichts zum Schlimmeren für die Armen und Kleinen der Gesellschaft geändert haben, wenn der zentriemlich-liberale Deckungsschwindel gescheitert wäre und der Reichstag erst nach einer Pause über die vom Militarismus präsentierte Rechnung beschließen mußte. Im Gegenteil, vorausgesetzt, daß in dieser Pause proletarische Massen sich zur Verteidigung ihrer Interessen erhoben hätten!

Der Artikel „Wer zahlt die Beche?“ in Nr. 22 der „Gleichheit“ hat ausführlich die Ansicht zurückgewiesen, daß die von der Reichstagsfraktion gebilligten beiden Steuern eine Art der Entlastung für die Arbeiterklasse eingeleitet hätten. Er zeigte, daß sie ein steter Anreiz für die Kapitalisten sind, künftighin in jeder Beziehung die Gabenjacke erst recht ohne Gnade und Barmherzigkeit zu schröpfen, ein Feigenblatt, das zugunsten der Besitzenden das gewissenlose weitere Anziehen der Zoll- und Steuerschraube deckt. Denn rascher als eine Seifenblase wird in der Luft der kapitalistischen Entwicklung die törichte Selbsttäuschung der Kleinbürgerlichen Auffassung zerplatzen, daß die besitzenden Klassen mehr als ein Haar in der imperialistischen Suppe finden würden, wenn sie selbst die Kosten berappen müßten. Stummis seliger Geist wird sich in himmlischen Höhen vor Lachen über diese Auffassung ausschütten wollen. Hat doch der Patriarch der Scharfmacher schon vor langen Jahren die frühere Kleinbürgerliche Aniederigkeit der Liberalen im Bewilligen von Soldaten, Kasernen, Kanonen und Rähen damit abgefanzelt, daß Reichsanleihen für militärische Zwecke für die Bourgeoisie die sichersten, reichlichsten zinsenden Kapitalanlagen seien. Und damals begann der deutsche Militarismus kaum aus den Kinderschuhen herauszuwachsen. Heute aber ist der Imperialismus zur Macht geworden, ohne die der Blutkreislauf der kapitalistischen Wirtschaft stocken müßte, ohne die der Kapitalismus nicht erobert über den Erdball schreiten, seine Herrschaft über das Volk der Heimat nicht aufrechterhalten könnte.

Daher lassen sich auch die Besitzenden nicht lumpen und langen für den Militarismus in ihren Beutel, wenn es nicht anders sein kann. Die Entwicklung der Dinge in England ist ein klassisches Zeugnis dafür, daß die herrschende Minderheit den Imperialismus nicht an ihrer Steuersehe krepieren läßt. Genosse Eduard Bernstein hat darauf hingewiesen, und Genossin Luxemburg hat es in der „Leipziger Volkszeitung“ mit Tatsachen und Ziffern erhärtet, daß der englische Imperialismus Dreadnoughts über Dreadnoughts vom Stapel läßt und Kolonialkriege entzündet, obgleich es direkte Steuern sind, die der Rüstungswahnsinn toll vergeudet. Wehrbeitrag und Reichsvermögenszuwachssteuer sind also keineswegs das Gelöbnis, daß in Deutschland die besitzenden Klassen von nun an ihrem Können entsprechend zu den phantastischen Kosten beitragen werden, die der Imperialismus fordert, sind nicht das Unterpfand dafür, daß eine neue Zeit der „gerechteren“ Besteuerung angehoben hat. Sie bekunden lediglich dieses: die Anforderungen des Imperialismus sind so gewaltig gewachsen, daß die bisherige Art der Kostendeckung nicht mehr genügt. Darum tragen auch die bewilligten Deckungsvorlagen in ihrem Schoße bereits neue grausame Lasten für die frondenden Massen. Und es mutet sonderbar an, daß in

* Aus dem „Literarischen Nachlaß von Karl Marx, Friedrich Engels und Ferdinand Lassalle“. Herausgegeben von Franz Mehring. Dritter Band: Aus der „Neuen Rheinischen Revue“ Seite 435 und 436, zitiert in dem Artikel der „Neuen Zeit“: Marx über Steuerreform, von Max Grünwald, Jahrgang XVIII, 2, Seite 508.

dem heuchlerischen Wehrbeitrag und der erbärmlichen Reichsvermögenssteuer gerade Genossen das vermeintlich gesicherte „Prinzip“ einer wirklichen Steuerreform erblicken und schämen, die sonst das Wort Prinzip am liebsten aus dem politischen Sprachschatz streichen möchten.

Unseres Dafürhaltens hat die Reichstagsfraktion mit ihrer Stellungnahme zu den Deckungsvorlagen praktisch für das Proletariat so gut wie nichts gewonnen. Sie selbst aber hat Wichtiges preisgegeben. Entgegen unserem Programm bewilligte sie direkte Steuern, ohne daß dadurch der große Saß indirekter Abgaben, der den wunden Rücken der Massen drückt, auch nur durch die Herabsetzung der Zucksteuer erleichtert worden wäre. Sie hat Ja und Amen zu Steuern gesagt, die die stärkste und gefährlichste Macht zur Niederhaltung und Knechtung des Proletariats nähren sollen, eine Macht, die wie keine zweite dem schrankenlosen Ausleben des Kapitalismus dient.

Überblickt man den Rattenkönig von Forderungen und Wirkungen in der Haltung unserer Fraktion, so muß man freudig begrüßen, was man unter anderen Umständen beklagen müßte. Nämlich daß unsere Reichstagsfraktion nicht einheitlich und geschlossen vor der Partei steht. Eine starke Minorität zählt zu den schärfsten Kritikern der befolgten Taktik. Die Mehrheit hat zur Rechtfertigung ihrer Entscheidung in der Deckungsfrage erklärt, das arbeitende Volk würde es nicht verstanden haben, wenn die Sozialdemokratie Steuern auf den Besitz vertworfen hätte. Warum so kleingläubig und furchtbar? Wir trauen uns die Kraft zu, die Unausgeklärten von der Notwendigkeit und Bedeutung einer geschichtlichen Weltwende zu überzeugen, und wir sollten vor der Aufgabe verzweifeln und versagen müssen, ihnen die sachlichen Gründe einer streng grundsätzlichen Stellungnahme zu einer simplen Steuerfrage begreiflich zu machen? Bis jetzt hat die Sozialdemokratie noch nie verloren, vielmehr stets reichen Gewinn gehabt, wenn sie in schärfsten Gegensatz zu allen bürgerlichen Parteien, zu allen Vorurteilen und Irrtümern der Massen trat. Der schärfste Gegensatz zeugte die höchste Kraft zum Siege. Allein wie das grundlose Vertrauen zur Reformwilligkeit des Liberalismus, so gehört das Mißtrauen gegen die eigene Kraft der Partei und gegen das Verständnis der Massen zu den Wesenszügen des sozialistischen Opportunismus. Gegen die praktische Betätigung des Opportunismus in der großen Kampagne wider den Imperialismus muß sich die Partei mit der äußersten Entschiedenheit wenden. Es ist dies eine Voraussetzung dafür, daß sie auf der ganzen Linie von der greisenhaften Ermattungsstrategie zum Angriff übergeht.

Eine Ursache des Geburtenrückgangs.

I.

Die Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft hat international zu einer erheblichen Verteuerung der Lebenshaltung geführt, die für Deutschland noch gesteigert worden ist durch die volksfeindliche Wirtschaftspolitik des Reiches. Sie hat zu Ruß und Frommen der Agrarier und Großkapitalisten durch Zölle, indirekte Steuern und erschwerende Einfuhrbestimmungen für Fleisch, Vieh usw. die Preise der notwendigsten Lebensmittel zu beängstigender Höhe emporgetrieben. Breite Massen leiden not, und namentlich sind es kinderreiche Familien des werktätigen Volkes, die die Teuerung mit ihren Folgen bitter empfinden. Ist es da ein Wunder, wenn der Gedanke in wachsenden Kreisen auch der Arbeiterklasse vorwärtsdringt, daß dem Elend durch eine Beschränkung der Geburten zu steuern sei? Aber die Dinge haben noch weiter getrieben. Es gibt Genossen und Genossinnen, die eine allgemeine Agitation für die Beschränkung der Kinderzahl, den „Geburtenstreik“, als Mittel empfehlen, die Lage der Arbeiterklasse zu heben. Es sei in diesem Zusammenhang nur an die Vorträge der Genossen Dr. Alfred Bernstein und Dr. Moses in Berlin erinnert.

Was eine allgemeine Agitation zu leisten vermag, um die gewohnheitsmäßige Lebensgestaltung zu beeinflussen und zu ändern, das zeigt der von der Sozialdemokratie beschlossene Prantweinbockott. Er hat in kurzer Zeit den adeligen und nichtadeligen Schnapsbrennern wie der Steuerpolitik der Regierung empfindlich an den Geldbeutel gefaßt. Aber es fragt sich, ob die gepredigte Beschränkung der Kinderzahl in der proletarischen Familie tatsächlich ein Mittel ist, das sich im Befreiungskampf der Arbeiterklasse als wirksam erweist. Darauf antworten wir mit einem entschiedenen Nein. Sicherlich kann es in bestimmten einzelnen Fällen wünschenswert, ja notwendig sein, daß in einer Arbeiterfamilie die Kinderzahl klein bleibt. Aber es ist ein grober Fehlschluß, wenn man aus diesem Umstand herleitet, daß die Geburtenbeschränkung eine erfolgreiche Waffe im proletarischen Klassenkampf sei. übrigen scheint sich in der kapitalistischen Gesellschaft auch ohne besondere Agitation eine Abnahme der Geburtenhäufigkeit durchzusetzen. Gerade in vielen bürgerlichen Schichten geht offensichtlich die Kinderzahl schon seit längerer Zeit zurück. Die Neigung, die Familie „klein zu halten“, hat hier aber in den letzten Jahren zugenommen. So bei den kleinen Beamten, als die Teuerung stieg und die versprochenen Gehaltsaufbesserungen ausblieben oder ungenügend waren. Zweifelsohne ist die Geburtenhäufigkeit auch in der Arbeiterklasse gesunken. Aber hier hat an der Erscheinung nicht nur die bewusste Beschränkung der Kinderzahl teil. Hier kommen dafür noch andere Ursachen in Betracht. Als eine solche Ursache ist unstreitig die kapitalistisch ausgebeutete Erwerbsarbeit der Frau anzusprechen. Man verstehe uns recht: nicht die Berufsarbeit der Frau überhaupt, sondern die kapitalistische Ausbeutung dieser Arbeit zeitigt Erscheinungen, die einen Geburtenrückgang bewirken. Indem die kapitalistische Profitgier die Frau als Lohnarbeitende in ihr Joch spannt, gibt sie den weiblichen Organismus Gefahren und Schädigungen preis, die die Fähigkeit herabmindern, gesunde und lebenskräftige Kinder auszutragen, zu gebären und als Säuglinge an der Brust zu nähren. Das wird ja auch mittelbar durch die gesetzlichen Vorschriften zum Schutze der Arbeiterinnen anerkannt. Aber die Schranken sind durchaus ungenügend, durch die die Gesetgebung die Mutterkraft gegen die kapitalistische Ausbeutung schützt. Das kommt auch in dem Geburtenrückgang zum Ausdruck. Die Berichte der Gewerbeaufsichtsbeamten bestätigen unsere Behauptung, so vorsichtig diese Berichte auch auf die schädigenden Wirkungen der kapitalistischen Produktion hinweisen, so bescheiden sie in der Forderung von Maßnahmen sind, die solche Wirkungen abschwächen können.

Zu den Gewerben, in denen die meisten Frauen und Mädchen beschäftigt werden, gehört die Kleider- und Wäschekonfektion. Ihre Entwicklung ist Hand in Hand mit technischen Fortschritten gegangen, die mit der Einführung und Vervollkommenung der Nähmaschine begannen. In den Groß- und Kleinbetrieben der Kleider- und Wäschefabrikation fand die Nähmaschine mit Fußbetrieb bald allgemeine Verwendung. Jedoch ebenso rasch zeigten sich bei den gewerblichen Maschinennäherinnen häufig schwere Unterleibsleiden. Als Ursache davon wurde von Ärzten das Treten der Nähmaschine unzweifelhaft erkannt. Wohl war es möglich, die Nähmaschinen durch mechanische Kraft zu betreiben. Sie konnten an eine elektrische Leitung angeschlossen werden, durch die von einer zentralen Quelle aus motorische Kraft auf sie übertragen wurde. Allein diese wohlthätige Neuerung wurde keineswegs allgemein eingeführt der Kosten wegen, die die Betriebseinrichtungen erforderten. Wozu diese Ausgaben? Finden sich doch jederzeit genug Frauen und Mädchen, die bereit sind, an der Maschine mit Fußbetrieb zu arbeiten. Wenn ihre Gesundheit dabei flöten geht, so sind sie bald durch neue Sklavinnen des Kapitals ersetzt.

Die oft schweren Gesundheitsstörungen der Arbeiterinnen an Nähmaschinen mit Fußbetrieb veranlaßten Herrn Professor Dr. Paul Straßmann an der Universitätspoli-

Klinik für Frauenkrankheiten zu Berlin 1896 und 1897, den Ursachen der Erkrankungen näher nachzuforschen. Er stellte fest, daß die übermäßige Nähmaschinenarbeit direkte Gesundheitsschädigungen der Arbeiterinnen zur Folge hat. Diese stellen sich dar als Menstruationsanomalien (Reinigungsunregelmäßigkeiten), Uteruserkrankungen und Scheidenerkrankungen verschiedenster Art, Neigung zu Fehlgeburten und gesteigerte Schwangerschaftsbeschwerden. Die Ursachen sind zu früher Beginn der Nähmaschinenarbeit und übermäßig lange Arbeitszeit. Straßmann stellte daher folgende Grundätze auf: 1. Den jugendlichen Arbeiterinnen ist das berufsmäßige Nähen (Treten der Maschine) vor dem Eintritt der Menstruation zu verbieten, wie dies in Frankreich geschehen ist, oder dieses Nähen ist wenigstens von ärztlicher Erlaubnis abhängig zu machen; 2. für Näherinnen unter 20 Jahren (also bis nach vollendeter Entwicklung) sind 10 bis 11 Stunden Arbeit an der Nähmaschine schon sehr viel; 3. hochschwangeren Frauen muß (wie zum Beispiel im Kanton St. Gallen) auf bloße Anmeldung hin die jederzeitige Einstellung der Arbeit gestattet werden; 4. die Arbeiterinnen sind in geeigneter Weise darüber zu belehren, daß das berufsmäßige, anhaltende Nähen während der Menstruation und Prämenstruation am besten unterbleibt. Die Bestimmungen des § 137 Abs. 5 der Gewerbeordnung über die Beschäftigung von Wöchnerinnen sind ausreichend (sie sind durch die Novelle vom 28. Dezember 1908 noch erweitert). Den Maschinen mit Fußbetrieb sind die *S t i c k m a s c h i n e n* gleichzuachten.

Die Forderungen, die Professor Straßmann in Punkt 2 und im zweiten Satz von Punkt 4 zum Schutze der Arbeiterinnen aufgestellt hat, sind durch die Novelle zur Gewerbeordnung vom 28. Dezember 1908 erfüllt worden. Dagegen ist der Rest noch Zukunftsmusik. Namentlich ist zu bemängeln, daß das berufsmäßige Arbeiten an Maschinen mit Fußbetrieb für Näherinnen vor ihrem 20. Lebensjahr noch nicht verboten oder von einer ärztlichen Erlaubnis abhängig gemacht worden ist, und daß beim Eintritt der Menstruation und Schwangerschaft solche Arbeit nicht unterbrochen werden muß. Und doch haben außer Straßmann auch andere ärztliche und hygienische Autoritäten wie Hirth, Blaschko, Hensgen diese Forderungen unterstützt, und in Frankreich und Sanft Gallen usw. sind gesetzliche Bestimmungen geschaffen worden, die ihnen mehr oder weniger entsprechen.

Wohl haben die Gewerbeaufsichtsbeamten der Bezirke Berlin, München, Wiesbaden, Annaberg, Minden, Hessen und Oberbayern in ihren Berichten des letzten Jahrzehnts mitgeteilt, daß erfreulicherweise der maschinelle Betrieb der Nähmaschinen in den Wäsche- und Kleiderfabriken immer mehr zunimmt. Allein viele Unternehmer halten am Fußbetrieb fest, weil er billiger ist. Der Bundesrat wird sich kaum zu einem allgemeinen Verbot des Fußbetriebs von Nähmaschinen aufschwingen, obwohl er dazu befugt wäre. Die Gewerbeordnungsnovelle von 1908 berechtigt ihn, für Konfektionswerkstätten mit mehr als 9 Arbeiterinnen das Schaffen an Nähmaschinen mit Fußbetrieb als einen mit Gefahren für die Gesundheit verbundenen Fabrikationszweig zu verbieten beziehungsweise die Verwendung von Arbeiterinnen dabei zu untersagen oder von besonderen Bedingungen abhängig zu machen. Um ungehindert ihre Plusmacherei betreiben zu können, haben in den letzten Jahren viele Konfektionsgeschäfte ihr Arbeitspersonal auf 9 Personen herabgesetzt. Die von diesen nicht zu bewältigenden Arbeiten lassen sie von Heimarbeiterinnen ausführen, denen sie Nähmaschinen mit Fußbetrieb in die Wohnung geben. So können die Herren Unternehmer Kosten für die Motoranlagen usw. sparen. In der Berliner Konfektionsindustrie ist diese „Sparmethode“ besonders häufig. Hier ist im Jahre 1911 die Zahl der Werkstätten für Kleider- und Wäschekonfektion um 394 gewachsen, die Zahl der in ihnen beschäftigten Arbeiterinnen aber um 471 zurückgegangen und die der Heimarbeiterinnen bedeutend gestiegen. Um wieviel, das vermag leider die Sta-

tistik nicht zu erfassen. Die festgestellten schweren Gesundheitschädigungen durch die Arbeit an Nähmaschinen mit Fußbetrieb müssen die Austrag- und Gebärfähigkeit der Frauen herabsetzen, vermehrte Fehlgeburten zur Folge haben, kurz zum Geburtenrückgang beitragen. Das kann nach allem nicht bestritten werden, auch wenn es sich nicht zahlenmäßig nachweisen läßt.

Heinrich Vogel.

Die amerikanische Frau vor dem bürgerlichen Recht.

Es wird allgemein angenommen, daß sich die amerikanische Frau einer besonders freien und unabhängigen Stellung erfreue. Dies ist auch in bezug auf ihre Erziehung, soziale Stellung, Teilnahme am öffentlichen Leben usw. der Fall. Es trifft aber durchaus nicht zu, soweit jene Fossilie in Betracht kommt: das bürgerliche Recht. Die amerikanische Frau ist da noch vielfach ganz mittelalterlichen Bindungen unterworfen. Das in England im sechzehnten und siebzehnten Jahrhundert gültige Recht — unter dem Namen „common law“ bekannt — wurde von den ersten englischen Ansiedlern mit nach den amerikanischen Kolonien gebracht. Seine Grundbestimmungen mit nur geringen Abänderungen bestehen in vielen Staaten bis auf den heutigen Tag fort. Nach diesem alten „common law“ hat die *verheiratete* Frau überhaupt keine von ihrem Manne unabhängige Existenz. Das Gesetz betrachtet sie nicht einmal als Person. So wird noch in einigen Staaten, besonders im konservativen Süden, dem Vater das ausschließliche Verfügungsrecht über die Kinder zuerkannt, und aller ererbte und erworbene Besitz der verheirateten Frau gehört nicht ihr, sondern ihrem Gatten.

In den fortschrittlichen Staaten, namentlich in jenen, wo die Frauen politische Rechte haben, wurden solche gesetzliche Bestimmungen abgeschafft oder ihre Aufhebung steht bevor. In anderen hingegen haben sie bis jetzt allen Reformversuchen standgehalten. Die Bestrebungen der Reformen werden besonders dadurch erschwert, daß jeder Staat andere Bestimmungen hat und daß die Frauen diesseits irgendeiner staatlichen Grenze oft nicht wissen, welchen rechtlichen Bindungen sie jenseits dieser Grenze unterworfen sind. Frauen, die aus einem fortschrittlichen Staate in einen reaktionären hineinheiraten, erfahren oft erst später, wie unfrei sie geworden sind. Ein solcher Fall, der in der ganzen Union Aufmerksamkeit erregte, ereignete sich vor wenigen Jahren.

Eine junge vornehme Dame aus Washington heiratete den Sohn des Senators Tillman aus Südkarolina und siedelte in diesen Staat über. Der junge Tillman erwies sich als brutaler Wüstling, und nach wenigen Jahren einer furchtbar unglücklichen Ehe beschloß seine Frau, sich von ihm zu trennen. Da erfuhr sie, daß der Staat, in dem sie lebte, der einzige in der Union ist, der unter keinen Umständen eine Ehescheidung zuläßt. Sie erfuhr ferner, daß sie nach den Gesetzen dieses Staates absolut kein Anrecht auf ihre beiden Kinder habe. Da tat sie das einzige, was ihr unter den Umständen zu tun übrig blieb: sie floh heimlich mit ihren Kindern und kehrte in den Schutz des elterlichen Heims zurück. Aber ihr Gatte folgte ihr, raubte die Kinder, brachte sie nach Südkarolina zurück und übergab sie seinen Verwandten zur Erziehung, sich auf das Gesetz seines Staates berufend. Nach langen Rechtsstreitigkeiten kam der Fall schließlich vor das Obergericht von Südkarolina. Der Richter, vor dem er verhandelt wurde, war zum Glück ein rechtlich denkender Mann. Er machte von seiner großen richterlichen Macht Gebrauch, erklärte das veraltete Gesetz einfach für verfassungswidrig und gab der Mutter ihre Kinder zurück. Erst durch diesen Prozeß, der die sogenannte beste Gesellschaft anging, wurde die öffentliche Aufmerksamkeit auf die rückschrittliche Gesetzgebung von Südkarolina gelenkt. Trotz allem bestehen die betreffenden Bestimmungen noch unverändert fort.

Kaum minder mittelalterlich als in Südkarolina ist das bürgerliche Recht in bezug auf die Stellung der Frauen im

Staate Louisiana. Hier ist es jedoch nicht ein Überbleibsel des englischen „common law“, sondern beruht auf dem berühmten Code Napoléon, denn Louisiana war ursprünglich französischer Besitz. Die in Amerika bekannte Frauenrechtlerin und Schriftstellerin Rheta Childe Dorr gibt folgende Schilderung von der Rechtlosigkeit des weiblichen Geschlechts in jenem Staate: „Die Rechtlosigkeit der Frau beginnt mit ihrer Verlobung. Von jenem glücklichen Augenblick an befindet sie sich unter der Herrschaft eines Mannes. Die Hochzeitsgeschenke gehören nicht ihr, sondern ihm. Ihre Schmucksachen, ihre Aussteuer werden mit der Ehehinführung sogenannter Gemeinschaftsbesitz, und dieser wird ausschließlich vom Manne verwaltet. Jeder Dollar, den die Frau verdient, steht dem Manne zur Verfügung. Auch als Mutter geht es der Frau in Louisiana nicht besser. Solange ihr Gatte lebt, hat er das alleinige Verfügungsrecht über die Kinder. Nach seinem Tode steht der Mutter dieses Verfügungsrecht zu. Aber wenn sie sich wieder verheiratet, so muß sie die formelle Zustimmung der Familie ihres ersten Mannes erwirken, um ihre Kinder zu behalten. Wenn diese ihr nicht freundlich gesinnt ist oder ihre zweite Ehe nicht gern sieht, so kann sie die Kinder beanspruchen.“ In diesem rückschrittlichen Louisiana besteht ein sehr fortschrittlicher Frauenverein, der von Jahr zu Jahr an Mitgliedschaft und Einfluß zunimmt: der *Evaklub von New Orleans*. Die darin organisierten Frauen arbeiten mit jedem ihnen zu Gebote stehenden Mittel für die Reform der Gesetzgebung. Aber da ihnen der unmittelbare Einfluß, das Wahlrecht, fehlt, so sehen sie sich noch sehr weit von ihrem Ziele.

Die bedeutenden Fortschritte der Frauenbewegung haben in letzter Zeit die Stellung der amerikanischen Frau vor dem bürgerlichen Recht in den Vordergrund des öffentlichen Interesses gerückt. Auch in Kreisen, wo man durchaus nicht zu den „Stürmern und Drängern“ zählt, beginnt man sich mit dieser Frage zu beschäftigen. So hat eine angesehenere, aber streng konservative Zeitschrift, „The Delineator“, einen wahren Feldzug zur Abänderung der rückständigen bürgerlichen Rechtsbestimmungen begonnen. Sie veröffentlicht jeden Monat einen Artikel von einem fortschrittlich gesinnten Tageschriftsteller, William Gard, der die Stellung der Frau in der Gesetzgebung eines jeden einzelnen Staates beleuchtet und zeigt, wo Reformen dringend notwendig sind. Der neueste Beitrag zu dieser Reformbewegung ist ein soeben erschienenen Buch, das noch tiefer und gründlicher auf die Frage eingeht, als dies in Zeitungsartikeln möglich ist. Es führt den Titel: „Women and the Law“ (Die Frauen und das Gesetz). Die Verfasserin des Buches ist Jennie L. Wilson, eine Advokatin, die dieses besondere Gebiet der amerikanischen Gesetzgebung gründlich studiert hat. Das Buch behandelt die historische Entwicklung der Bestimmungen über die Stellung des weiblichen Geschlechts von der Gründung der ersten Kolonien an bis auf den heutigen Tag, es zeigt deren einstige Bedeutung und beweist dann, wie sinnlos und schädlich sie in der modernen Gesellschaft sind. So wird von allen Seiten an dem alten, morschen Bau einer rückständigen Gesetzgebung gerüttelt. Namentlich wird mit aller Energie der Kampf weitergeführt für die Eroberung des Frauenwahlrechts. Politische Macht erschließt den kürzesten Weg auch zu jenem Ziele. *Maria L. Stern, New York.*

Zum Geburtenrückgang in Berlin.

Zum Artikel der Genossin Wurm in Nr. 22, der sich mit dem Geburtenrückgang in Berlin befaßte, ging uns die nachstehende Einwendung zu:

Als Mitglied der Arbeiterinnenkommission des Deutschen Metallarbeiterverbandes habe ich tagtäglich Gelegenheit, Not und Elend in Arbeiterfamilien kennen zu lernen. Die Ursache davon ist zum großen Teil in dem reichen Kinderlegen zu suchen. In den Kreisen der Fabrikarbeiterinnen herrscht noch sehr viel Unwissenheit und Unkenntnis darüber, daß die

Kinderzahl eingeschränkt werden kann, ohne daß dadurch die Gesundheit der Frau Schaden erleidet. Als in letzter Zeit in Berlin einige Ärzte, die voll sozialen Verständnisses mit der Arbeiterschaft fühlen, wissenschaftliche, volksaufklärende Vorträge über die künstliche Einschränkung der Kinderzahl hielten und diese Einschränkung als Waffe im Klassenkampf empfahlen, da konnten wir manche Arbeiterfrau freudestrahlend erzählen hören, daß sie dieses und jenes vom Vortrag behalten habe und ihre neue Erkenntnis in die Praxis umsetzen werde. Auf Grund meiner Erfahrungen kann ich das verstehen und teile die Meinung vieler meiner Berufsgenossinnen. Die heutigen Lebensverhältnisse, die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Proletarier sind dermaßen schlecht, daß viele Arbeiterfamilien gar nicht in der Lage sind, mehr als zwei Kinder zu ernähren. Ich weise im Zusammenhang mit dieser Behauptung nur auf die große Arbeitslosigkeit in verschiedenen Industriezweigen hin. Sie schafft unzählige Familien, in denen lange Monate die Frau als alleiniger Ernährerin der Familie in Frage kommt.

Wenn Genossin Wurm in ihrem Artikel behauptet, daß die Einschränkung der Kinderzahl die Lage der Frau nicht hebt, so bereift sie damit, daß sie noch nie Not und Elend kennen gelernt, Arbeiterfragen nur gelesen, aber nie in Wirklichkeit gesehen hat. Die Statistik der Berufs- und Gewerbebezahlung weist nach, daß heute in Deutschland wie in allen industriell entwickelten Ländern Millionen Frauen erwerbstätig sind. Hier ist von 1895 bis 1907 die Zahl der erwerbstätigen verheirateten Frauen von 1 046 381 auf 2 808 864 gestiegen. Genossin Wurm wird doch nicht behaupten wollen, daß es gleich ist, ob die Frau nach ihrer Tagesarbeit in der Fabrik, im Laden oder auf dem Felde zwei Kinder oder sechs, acht und noch mehr versorgt. Uns wird sehr oft als Grund des schwachen Besuches unserer Werkstatt- und Betriebsversammlungen angegeben, die Frauen müßten rasch nach Hause eilen, um sich ihrer Kinder anzunehmen. Wie gern möchten aber gewiß auch diese Arbeiterinnen einmal im Kreise ihrer Berufsgenossinnen ihr Herz ausschütten und das oder jenes zur Aussprache bringen. Sie müssen aber darauf verzichten, weil die Familienpflichten ihre Anforderungen geltend machen. Erwerbsarbeit und häusliche Verrichtungen bedürden die Frau mit einer Arbeitslast, die nur zu oft im Laufe der Zeit den Geist stumpf werden läßt. Wo bleiben da für die Proletarierin die Gegenwartsfreuden an den Kindern und die Zukunftshoffnungen auf sie? Die Vorbedingung für einen gesunden und tatkräftigen Nachwuchs ist bei der Arbeiterklasse eine Einschränkung der Kinderzahl. Jede Arbeiterfamilie weiß, daß jedes dritte, vierte und nachfolgende Kind schon von Geburt an schwach und degeneriert ins Leben tritt. Die Eltern selbst können sich keine Lebenshaltung leisten, die ihre Gesundheit und Kraft erhält, sie können eine solche auch nicht einer zahlreichen Kinderchar gewähren. Die ganze Familie leidet unter dem großen Kinderlegen. Unseren Genossinnen ist zu empfehlen, die entsprechenden Vorträge der Ärzte zu besuchen und dadurch ihr Wissen zu bereichern.

Mina Gildner, Berlin.

Genossin Gildners Ausführungen befanden eine große Unklarheit über die Ursachen der proletarischen Klassenlage mit ihrem Gefolge von Not und Jammer, wie über die Mittel, diesem Gefolge die Herrschaft streitig zu machen und es zurückzudrängen. Statt den vielverschlungenen gesellschaftlichen Verhältnissen nachzugehen, die bei der umstrittenen Frage geprüft werden müssen, betrachtet sie die Dinge bloß an der Oberfläche. Wäre es anders, wie könnte sie übersehen, daß Genossin Wurm sachliche Gründe für ihre Auffassung hat, wie könnte sie diese Auffassung lediglich damit erklären, daß Genossin Wurm das proletarische Elend gewiß nicht aus eigener Anschauung und Erfahrung kenne. Meint Genossin Gildner vielleicht, daß solche Anschauung und Erfahrung bei allen denen zu finden ist, die dem Proletariat die Beschränkung des Nachwuchses predigen? Von Malthus an, der die geschlecht-

liche Enthaltfamkeit der Armen forderte, bis zur Frau Wopelius berücksichtigten Angedenkens, die den Arbeitern die Waschlösche als Mittel zur Verhütung von Kindersegen anpries, die Agenten und Agentinnen für den Vertrieb von Gummikugeln nicht zu vergessen, die heute von Haus zu Haus laufen und mit gerührter Stimme von den Gefahren und Nöten des Kinderreichtums reden, während sie in Gedanken ihre Provision nachrechnen. Um nicht mißverstanden zu werden, fügen wir gleich hinzu, daß wir zu diesen betriebsamen Geschäftsleuten nicht die Ärzte und Ärztinnen rechnen, die die Einschränkung der Kinderzahl als Mittel im sozialen Kampfe befürworten. Wir bestreiten ihnen nicht ihr Mitgefühl mit den Leiden der werktätigen Massen, allein wir sind außerstande, ihre soziale Einsicht zu loben, wenn sie die proletarische Klassenlage mit ihren Geboten und Forderungen unter dem Gesichtswinkel einer individuellen Lebensgestaltung betrachten, die unter bestimmten Bedingungen für einen einzelnen eine schmerzliche Notwendigkeit sein kann.

Unseres Dafürhaltens muß das kämpfende Proletariat mit aller Entschiedenheit ablehnen, den Weg zu gehen, auf den diese guten Leute und schlechten Musfanten es drängen wollen. Um der weiteren Erörterung der Frage nicht zuviel vorzugreifen, beschränken wir uns heute auf das Nötigste, was wir den Ausführungen der Genossin Guldner entgegenzusetzen haben. Diese erblickt die Ursache des proletarischen Elends „zum großen Teil“ in der Kinderzahl. Aber kann nicht der reiche Industrielle, Agrarier, Finanzmann, hohe Beamte usw. eine kinderreiche Familie erhalten, dazu vielleicht noch zahlreiche illegitime „Verhältnisse“ mit und ohne Spröhlinge, ohne daß er dadurch in Notstand gerät? So grob und äußerlich die Gegenüberstellung ist, sie läßt erkennen, daß nicht die Kinderzahl die wahre Ursache von Sorge und Not in der Arbeiterfamilie ist. Daß mit der Zahl der Kinder für die proletarischen Eltern und namentlich für die Mütter die Mühen und Schwierigkeiten des Existenzkampfes wachsen, ja zermalmende Wucht erreichen, wer möchte das bestreiten? Jedoch gefährlich wäre es, wollten sich die Proletarier durch diese Binsenwahrheit den Blick für den einzig Schuldigen trüben lassen, der den Kindersegen als Fluch empfinden läßt: den ausbeutenden Kapitalismus. Gerade ihn muß man fest und scharf im Auge behalten, wenn man die Pein und die Leiden des proletarischen Lebens in der Gegenwart lindern will. Das geschieht aber nicht dadurch, daß die Proletarier die Zahl der kleinen Wagen vermindern, die es täglich zu sätigen gilt, sondern daß sie durch verschärften Klassenkampf der kapitalistischen Ausbeutung engere Grenzen ziehen und sie zwingen, von ihrem Raub so viel herauszugeben, daß die Kinder des ausgebeuteten Volkes genügend und gesundes Brot des Leibes und Geistes erhalten.

Unbestritten auch, daß das Nebeneinander von Erwerbsfroh und häuslicher Arbeit die Proletarierin mit einer schier unerträglichen Bürde von Mühen und Pflichten belädt, daß es die schmerzreichsten Kämpfe mit sich bringt, und daß alle äußeren und inneren Nöte, die heraufbeschworen werden, mit der steigenden Kinderzahl eine Verschärfung erfahren. Allein im Kampfe gegen diese Erscheinungen muß die Losung der Arbeiterklasse anders lauten als: Beschränkung der Kinderzahl. Da gilt es durch die Gewerkschaften und die Gesetzgebung immer höhere Schranken gegen die kapitalistische Ausbeutung der Frauenarbeit aufzurichten, gleichzeitig aber die Gesellschaft auf allen Gebieten zu Maßnahmen und Einrichtungen vorwärtszudrängen, die die häusliche Wirtschaftsführung vereinfachen und erleichtern, der Mutter- und Säuglingsfürsorge dienen, die Aufgaben der Frau als Pflegerin und Erzieherin der Kinder lösen helfen und ergänzen. Die Arbeiterklasse begnügt sich heute nicht mehr damit, der bürgerlichen Gesellschaft derartige Maßnahmen und Einrichtungen abzutrotzen, sie geht selbst in steigendem Maße daran, durch die Kinderschutzkommissionen, die Jugendbewegung usw. als erzieherische Macht neben die Einzelfamilie zu treten und damit eine der dringlichsten und

fruchtbarsten Aufgaben zu erfüllen. Die soziale und politische Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechtes ist ein wichtiges Mittel, die Entwicklung der Dinge nach all diesen Richtungen hin zu beschleunigen und den Bedürfnissen der Proletarierinnen anzupassen. Genossin Guldner hält die Kinderzahl für das wesentlich Entscheidende, ob eine Arbeiterin sich gewerkschaftlich betätigen kann oder nicht. Niemand wird leugnen, daß die Mutter einer zahlreichen Familie die größten Schwierigkeiten überwinden muß, wenn sie am Befreiungskampf ihrer Klasse teilnehmen will. Allein ob sie das tut und in welchem Umfang, das hängt letzten Endes weniger von ihrer Kinderzahl ab als von der Einsicht, dem Idealismus, der Charakterstärke, kurz den persönlichen Eigenschaften, die sie beseelen. Die Praxis zeigt nicht wenige Proletarierinnen, die dank „kluger Mittel“ kinderlos sind oder höchstens das von den Keumalthusianern erlaubte Kinderpärchen zu betreuen haben, die aber nichtsdestoweniger an Interesse für die sozialistische Bewegung und erst recht mit ihrem Wirken für sie beschämt hinter Massengenossinnen zurücktreten müssen, die trotz ihrer sechs, acht und zehn Kinder zu den eifrigsten und opferfreudigsten Kämpferinnen zählen. Wo ein Wille ist, da ist ein Weg, und die Dinge liegen nicht so einfach, wie sie Genossin Guldner auf Grund ihrer persönlichen Erfahrung erscheinen. Die kapitalistische Gesellschaft würde erleichtert aufatmen, wollte die Arbeiterklasse sie ebenso einfach und in letzter Linie bürgerlich betrachten. Der „Gebärstreik“ ist keine neue „revolutionäre Waffe“ des Proletarits, er bedeutet keine Verschärfung und Steigerung des proletarischen Klassenkampfes. Er kann vielmehr als „Präventivmittel“ wirken gegen die Machtentfaltung des Proletariats und seine Befreiung.

Hier werden Lehrmädchen verlangt!

Zwei Mädchen betrachten das Plakat an der Tür des vierstöckigen Miethauses. „Lehrmädchen werden verlangt auf lohnende Artikel, 3 Tr. 1.“ — Die beiden sehen sich fragend an. „Gehen wir mal rauf und sehen uns die Sache an!“ entscheidet die Ältere. „Ach,“ zögert die andere, „was kann das sein?“ „Daß sein, was will, wir verheiraten uns ja nicht da oben!“ Sie treten beide in das Haus und erklimmen die drei Treppen. „Da ist es!“ Die Jüngere zeigt auf ein Porzellan Schild linker Hand. Mit schwarzen Buchstaben auf weißem Felde steht da: A. Primke, weiter nichts. Die Tür wird geöffnet. Ein kleiner, dicker Mann in Hemdsärmeln, mit jovialem Gesicht steht vor ihnen. Die Ältere spricht ihn an: „Entschuldigen Sie, werden hier Lehrmädchen verlangt?“ „Natürlich, meine Fräuleins,“ erwidert Herr Primke freundlich und zuvorkommend. „Treten Sie ein, immer rein.“ „Können Sie uns nicht gleich sagen, was für eine Branche es ist?“ fallen ihm beide zugleich ins Wort. „Gewiß, aber kommen Sie doch erst herein, auf der Treppe kann man doch so was nicht abmachen!“ Unschlüssig und zögernd treten die beiden Mädchen ein. Der Dicke führt sie in ein enges Zimmer, in dem zwei Jungen und ein kleines Mädchen an einem Tische sitzen. An der Wand stehen zwei Betten. Auf dem Tische liegen mehrere Rollen Gummiband. Die Kinder sind damit beschäftigt, mit blauem Farbstift Punkte nach bestimmten Schablonen auf das Band zu zeichnen und an jeder punktierten Stelle einen Stahlpoint hineinzustecken, so daß Figuren entstehen. Die Mädchen schauen erstaunt auf den „Betrieb“. Aber Herr Primke, der „Chef“, läßt ihnen nicht lange Zeit zum Stauern. „Sehen Sie, meine Fräuleins, ich arbeite für große Firmen, und da möchte ich ganz gerne Mädchen anlernen. Wenn Sie wollen, können Sie bei mir fleißig Geld verdienen, hier stört Sie auch niemand, hier können Sie arbeiten bis tausend.“ Als er die halb verdunkten, halb ungläubigen Gesichter der beiden Mädchen sieht, gerät er in Eifer: „Es ist nicht schwer, keine Kunst, nur Fingerfertigkeit, Geschwindigkeit, und die ist keine Hexerei. Passen Sie auf, ich will's Ihnen mal vormachen!“ Er setzt sich auf

einen Schemel an den Tisch und legt das Band mit den eingesteckten Points auf eine kleine viereckige Bleiplatte. Dann legt er auf den Point einen Glitter, knipst mit einer Zange die Spitze ab und vernietet den Stumpf mit einem kleinen Hammer. „Sehen Sie, meine Fräuleins, knips — ping — ping — das ist alles, furchtbar leicht, und doch gibt es welche, die's nie lernen! Na, was meinen Sie?“ Er blickt sie gespannt an. „Ja, unter welchen Bedingungen sollen wir denn lernen?“ plakt nun die Ältere heraus. Herr Brimke räuspert sich: „O, die sind gut, die Lehrzeit würde vier Wochen dauern. Lehrgeld brauchen Sie nicht zu zahlen. Ich würde Ihnen dann die Arbeit in Afford vergeben, das Gros Points mit 15 Pfennig. Sie können dabei Geld verdienen, klogig Geld, sag' ich Ihnen!“ „Und die vier Wochen umsonst arbeiten?“ unterbricht ihn jetzt die Jüngere trocken. Herr Brimke fährt auf seinem Schemel blitzschnell herum. Sein dicker Hals quillt fropfartig auf: „Ja, was denken Sie denn eigentlich?“ Seine Stimme zittert in verhaltener Erregung. „Was denken Sie denn eigentlich? Glauben Sie denn, daß ich meine kostbare Zeit Ihnen mir nichts dir nichts wochenlang zur Verfügung stellen kann?“ Die beiden Mädchen sind aber schon draußen. An der Tür rufen sie noch laut: „Nee, Meester, suchen Sie sich man so klogig Dummel!“
 Emil Unger.

Aus der Bewegung.

Die Entwicklung der proletarischen Frauenbewegung im Geschäftsjahr 1912/13 sei kurz durch die nachstehenden Angaben beleuchtet, die wir dem Bericht des Parteivorstandes an den Parteitag zu Jena entnehmen. Die Zahl der organisierten Genossinnen betrug am 31. März d. J. 141 115 gegen 130 371 im Vorjahr. Sie ist mithin in den neun Monaten der Geschäftsperiode um 10 744 gestiegen, und der gesamte Zuwachs der Partei um 12 738 Mitglieder ist in der Hauptsache auf die Rechnung der neuorganisierten Genossinnen zu setzen. Diese Tatsache stellt der opferfreudigen und geschickten Werbearbeit der tätigen Genossinnen ein gutes Zeugnis aus. Wir vergessen darüber gewiß nicht, daß unsere Frauenbewegung fast überall noch ein größeres Rekrutierungsgebiet vor sich hat als die Sozialdemokratie im allgemeinen. Sie hat bei weitem noch nicht den gleichen Proletariat der Proletarierinnen erfasst, den das männliche Proletariat der Sozialdemokratie stellt. Der erzielte Erfolg wird sicherlich den Mut der Genossinnen stärken, unermüdet an der oft recht schwierigen Aufgabe weiterzuarbeiten, die Frauen des werktätigen Volkes als Kämpferinnen für die Befreiung ihrer Klasse zu sammeln. 8 von den 45 Agitationsbezirken haben leider nicht an der erfreulichen Entwicklung teilgenommen, hier ist vielmehr die Zahl der weiblichen Mitglieder zurückgegangen. Diese sank in Westpreußen von 805 auf 359, in Magdeburg von 4220 auf 3982, in Halle a. S. von 3775 auf 3720, in Hannover von 4767 auf 4621, im Saargebiet von 133 auf 93, in der Pfalz von 1225 auf 968, in Mecklenburg von 1796 auf 1093, in Sachsen-Altenburg von 803 auf 768. Die Beteiligung der Frauen an den Volks- und Wählerversammlungen ist in allen Gegenden des Reiches eine starke gewesen, die Frauenversammlungen waren gut besucht, die der Unterführung des preussischen Wahlkampfes dienten. Die Genossinnen haben bei diesem auch freudig und eifrig die nötige Kleinagitation betrieben und alle wahltechnische Arbeit mitgeleistet. Trotz mancher ungünstigen Umstände war der sozialdemokratische Frauentag ein guter Erfolg. Die Beteiligung der Frauen an der Reise war sehr zahlreich. Was die mündliche Agitation unter den proletarischen Frauen anbelangt, so hat der Parteivorstand für 42 Agitationstouren und mehrere hundert einzelne Versammlungen Rednerinnen vermittelt. Dazu kommen die Agitationsreisen, für die die Bezirks- und Kreisleiter selbst Rednerinnen gewonnen haben, und die umfangreichen agitatorischen Leistungen der Genossinnen in den Bezirken, wo sie wohnhaft sind. Es fanden 16 Bezirksfrauenkonferenzen statt, die erheblich zum Fortschritt der sozialdemokratischen Frauenbewegung beigetragen haben. Der Wert der Lese- und Diskussionsabende für die theoretische und praktische Schulung der Genossinnen trat offensichtlich zutage. Es gibt jetzt 162 solcher Veranstaltungen, neben denen die Zahl der Kurse steigt, die in manchen Orten für die

Weiterbildung der fortgeschrittenen Genossinnen und Parteifunktionärinnen eingerichtet worden sind. Der schriftlichen Agitation dienen Artikel und Frauenbeilagen der täglichen Parteipresse, Artikel und Notizen in den Agitationskalendern, vier Flugblätter, die im ganzen Reich zur Verbreitung gelangten, zwei andere, die für einzelne Bezirke bestimmt waren, und eine kleine Agitationsbroschüre: „Bist du eine der Unfrigen?“, die zumal die Hausagitation vorzüglich unterstützt. Zu erwähnen ist ferner die sozialdemokratische Frauenbibliothek, die nun sechs Hefte umfaßt, die Treffliches bieten, und die „Gleichheit“, deren Auflage 112 000 beträgt. Die planmäßige Mitarbeit der Genossinnen in der Organisation macht in jeder Hinsicht Fortschritte. In 228 Wahlkreisen nehmen Frauen als Vorstandsmitglieder an der Leitung der Partei teil, Genossinnen gehören den meisten Bezirksleitungen an. Besonders umfangreich und fruchtbringend ist die Mitarbeit der Genossinnen in den Kinderbeschulungskommissionen, die zurzeit in 202 Orten bestehen. In einem Bezirk sind Kurse eingerichtet worden, die der Schulung der Frauen für die ehrenamtliche Tätigkeit in den Gemeinden dienen sollen. Die Veranstaltung solcher Kurse ist allgemein von Parteivorstand und Parteiauschuß empfohlen worden. Der Aufschwung der Frauenbewegung kann den Begnern zu denken geben.

Von der Agitation. Ausgang dieses Frühjahrs fanden in Elsaß-Lothringen 32 Volksversammlungen statt, in denen die Unterzeichnete über das Thema sprach: „Des Volkes Kampf um das Dasein“. Die Agitation sollte die Frauen über die aktuellen politischen Fragen aufklären und ihnen damit ihre Pflichten in den politischen und wirtschaftlichen Kämpfen zeigen. Gleichzeitig hatte sie aber auch den Zweck, die Männer zu überzeugen, daß die Aufklärung und Organisierung der Frauen eine dringend notwendige Aufgabe ist. Die Versammlungen waren außerordentlich gut vorbereitet und durchweg gut besucht. Die Zahl der Teilnehmer belief sich zusammen auf über 10 000. Besonders hervorzuhelien ist der Erfolg der Veranstaltung in Stahlheim, Meh, Saargemünd, Merlenbach, Saarunion, Grüneberg, Wischweiler, Golsheim, Buchweiler, Müttersholz, Rosheim, Barr, Schleitstadt, Markkirch, Münster, Sundhausen und Hagenau. In manchen dieser Orte gestaltete sich die Versammlung zu einer wahren Volkskundgebung. Die Versammlung in Schweiler hätte besser von Frauen und die in Kolmar überhaupt besser besucht sein sollen. In dem letztgenannten Orte wurde unsere Veranstaltung durch die Anwesenheit von 5 Schulreuten und einem Kommissar gegiert. Die Referentin freute sich bereits herzlich über die ihr zuge dachte polizeiliche Aufmerksamkeit, leider aber währte die Freude nicht lange. Die Zahl der Gesehwächter sank auf zwei. Der Vortrag schilderte die herrlichen Zeiten, denen 10 Prozent der Bevölkerung in Deutschen Reich entgegengeführt worden sind, während 90 Prozent unter dem Brot- und Fleischwucher schwer leiden. Er zeigte, daß die Verteuerung der Lebenshaltung eine internationale Erscheinung ist, die der Kapitalismus erzeugt, die aber in Deutschland durch die herrschende Wirtschaftspolitik noch unerträglich gesteigert wird. Denn dem märchenhaften Reichtum der wenigen Ausbeutenden geht als Schatten die Armut der vielen Ausbeuteten zur Seite, die Not der Kleingewerbetreibenden und Kleinbauern. Die Rednerin zeigte, wie dieser Stand der Dinge auf die Familie der Arbeiter und Kinderbemittelten zurückwirkt und namentlich die Lage der Frauen immer mühsamer und sorgenreicher gestaltet. Sie würdigte eingehend die Frauen- und Kinderarbeit mit ihren Folgen und begründete die Notwendigkeit, daß die Frau als gleichberechtigte Bürgerin in Gemeinde, Staat und Reich unmittelbar an der Gestaltung der gesellschaftlichen Zustände mitarbeitete. Ihre scharfe Kritik der herrschenden Buge und Vorgänge des politischen Lebens gipfelte in dem Nachweis, daß die bürgerlichen Parteien und Bewegungen zuerst und in der Hauptsache den Vorteil der besitzenden Klassen zu wahren suchen. Daran schloß sich die Darlegung der Gründe, die die proletarische Frau bestimmen müssen, wie in den freien Gewerkschaften, so auch in der Sozialdemokratie die treueste, opferfreudigste Kampfesgenossin des Mannes ihrer Klasse zu sein. Der Vortrag endete mit Ausführungen darüber, daß die wachsende Zuspitzung der Kämpfe zwischen Ausbeutern und Ausbeuteten der Mitarbeit und dem Wirringen der Frau eine immer größere Bedeutung verleihe, und daß das befreiungssehnstüchtige Proletariat darauf bedacht sein müsse, mit der Mutter die Jugend um sein Banner zu sammeln und die Zukunft zu erobern. Die Rednerin trachtete danach, im Rahmen dieser Gedankengänge möglichst das Wichtigste von dem zu be-

rühren, was die Gegenwart bewegt und unsere Aufgaben für die Zukunft beleuchtet. Sie vergaß darüber oft, wie lange sie sprach, und die Anwesenden, wie lange sie zuhörten. Ein starker Hauch des Miteinanderfühlens und Verstehens ging durch die Versammlungen. Die Zuhörer waren durchweg von der Stimmung befeuert, die aus diesen Versen spricht:

Wir schreiten entgegen dem roßigen Licht

Wir grüßen den kommenden Morgen,

Die Schatten der Nacht, die schrecken uns nicht,

Uns stählen die Not und die Sorgen.

Wir lassen am heutigen Maientag die purpurnen Banner fliegen,

Mag kommen, was da kommen mag,

Wir werden, wir müssen siegen.

ParteiSekretär Hueber-Strasbourg war in den meisten Versammlungen zugegen. Er erörterte die internen Angelegenheiten und die Haltung der Gegner am Orte. Sein Mahnruf, das Gehörte in die Tat umzusetzen, verhallte nicht vergeblich. Ungefähr 300 Mitglieder, darunter viele Frauen, sind der Partei beigetreten, und es wurden Abonnenten für die sozialdemokratische Presse gewonnen. In den meisten Orten beschloß man, sofort mit einer regen Hausagitation unter den Frauen einzusetzen. Die tätigen Genossinnen und Genossen müssen nun überall ihr Bestes tun, damit die ausgestreute Saat in die Halme schießt und reiche Frucht trägt.

Doni Eisinger, Mainz.

Die sozialdemokratische Frauenbewegung im Bezirk Nordwest schreitet stetig vorwärts. Die Agitation unter den Frauen, die schon immer rührig betrieben wurde, ist durch die Anstellung eines ParteiSekretärs für den Bezirk noch gehoben worden. Der ParteiSekretär überzeugt sich persönlich, an welchen Orten es mit der Frauenbewegung hapert, und leitet dann dort, unterstützt von der Genossin im Bezirksvorstand, die Agitations- und Organisationsarbeit in die Wege. Der Bezirksvorstand war auch bemüht, durch Lieferung von Agitationsmaterial die proletarische Frauenbewegung zu fördern. 6000 Broschüren „Die Frau und die Reichstagswahl“ wurden den hannöverschen Wahlkreisen und 2000 Broschüren „Die Frauen und der politische Kampf“ dem Bremer Wahlkreis vermittelt. Auch beschloß der Bezirksvorstand, daß die Unterzeichnete an allen kleinen Orten im Bezirk Versammlungen abhalten sollte, an die sich, wo immer es nur angängig ist, eine Hausagitation anzuschließen hat. Zu diesem Zweck sind vom Bezirksvorstand 1000 Stück der Broschüre „Bist du eine der Unserigen?“ von L. Ziegler zur Verteilung unter den Frauen angeschafft worden. Selbst wenn eine Frau sich noch nicht entschließen kann, der Partei beizutreten, wird sie nach dem Durchlesen dieses Schriftchens unseren Bestrebungen verständnisvoller gegenübersehen, und die Genossinnen werden dann bei einer späteren Gelegenheit mit mehr Erfolg den Anschluß an die Partei befürworten. Leider konnte bis jetzt noch nicht an allen Orten der Beschluß des Bezirksvorstandes durchgeführt werden. Kein Wunder, da die Agitation auf dem platten Lande uns noch sehr erschwert ist. Hier müssen die Frauen nicht nur die Woche über bis zum Dunkelwerden schaffen, sondern auch noch des Sonntags bis zum Abend Garten- und Feldarbeit verrichten. Wir haben im Bezirk mit einer Reihe nur ländlicher Orte zu rechnen, in denen es fast unmöglich ist, daß die Frauen im Sommer eine Versammlung besuchen. Ist es aber erst gelungen, sie trotz allem einmal zum Besuch einer solchen zu bewegen, so zeigen sie ein solches Interesse für unsere Sache, daß in einigen Orten alle Versammlungen besser von Frauen als von Männern besucht sind. Wenn in den ländlichen Orten im Sommer die Agitation sehr erschwert, ja oft unmöglich ist, so muß sie im Winter um so intensiver betrieben werden. Am 20. November 1912 fand in Bremen eine Frauenkonferenz statt. Insgesamt waren 57 Delegierte erschienen, darunter 35 Genossinnen. Genossin Ziegler beantwortete die Frage: „Wie gewinnen und schulen wir die Frauen für den politischen Kampf?“ Zur Hebung der Frauenbewegung hat diese Tagung viel beigetragen. Die Aussprache der Genossinnen über die Wege und Mittel der Agitation hat sich als sehr nützlich erwiesen, wenn auch in der knappen Zeit nicht alle angeschnittenen Fragen beantwortet werden konnten. Allgemein wurde der Wunsch geäußert, es möchte recht bald wieder eine Frauenkonferenz abgehalten werden. Erfolgreich verliefen eine Reihe von Versammlungen, in denen Genossin Kuben über das Thema „Muttersegen und Mutterforger“ sprach. Eingegen ließ der Frauentag im Bezirk noch zu wünschen übrig. Einige Mitgliedschaften können sich nicht dazu verstehen, an diesem Tage Versammlungen zu veranstalten. Verschiedene Parteiorganisationen haben Frauenabend eingerichtet, die zur Schulung der Genossinnen viel beitragen. Der bringende Wunsch nach dieser Einrichtung ist in mehreren klei-

neren Orten nach Schluß der Agitationsversammlung von den Genossinnen geäußert worden, die sich besser für unsere Werbearbeit ausrüsten wollen. An dem Bezirksvorstand wird es liegen, diesem berechtigten Verlangen in irgendeiner Weise entgegenzukommen. Die Erfüllung ist insofern nicht leicht, als es gerade in den kleineren Orten nicht selten an den passenden Kräften für die Leitung usw. mangelt. An dem Bezirksparteitag Ende Juni in Bremen nahmen in diesem Jahre 7 Genossinnen als Delegierte teil, während es vor 2 Jahren deren nur 2 waren. Es wurde beschloßen, je nach Bedarf Frauenkonferenzen abzuhalten. Zu verzeichnen ist noch, daß der 17. hannöversche Wahlkreis Harburg Genossin Leberenz als Hilfskraft im ParteiSekretariat angestellt hat. Die Genossinnen erhoffen von ihrer Tätigkeit eine gute Förderung der Frauenbewegung im Kreise. Die Unterzeichnete wurde auch in diesem Jahre wieder in den Bezirksvorstand gewählt. Lassen es in einzelnen Orten die Vorstände auch noch an der Initiative mangeln, so können wir im ganzen doch wohl zufrieden sein mit dem, was für die Frauenbewegung im verflossenen Arbeitsjahre geleistet worden ist. Wir werden bestrebt sein, im kommenden Jahre all die Lücken zu schließen, die unsere Arbeit noch aufweist. Wir werden nicht ruhen noch rasten, die ländlichen Arbeiterfrauen für unsere Sache zu gewinnen. Wenn wir bedenken, daß wir im Jahre 1911 erst 3677 weibliche Parteimitglieder zählten und heute 6048, so können wir mit froher Zuversicht ans Werk gehen. Grete Simon, Bremen.

Die Ferienspaziergänge der Kinderschulskommission in Frankfurt a. M. Den Schulferien sieht man in der proletarischen Familie mit sehr verschiedenen Gefühlen entgegen. Während die Kinder sich darauf freuen, seufzt die Mutter häufig, wenn die schulfreie Zeit heranraucht. Wie soll sie ihre Arbeit bewältigen, wenn sie die Kinder den ganzen Tag daheim hat? Sie muß sie auf die Straße schicken, denn die Kindergärten haben ebenfalls Ferien, und die Kinderhorte nehmen die Kleinen nicht den ganzen Tag auf. Unsere Kinderschulskommission machte es sich im vorigen Sommer zur Aufgabe, hier helfen einzugreifen. Sie veranstaltete Spaziergänge, bei denen sich die Kinder in Wald und Feld, bei Spiel und Anschauungsunterricht erholen sollten. Was in dieser Beziehung von bürgerlicher Seite vor der Zeit unserer Spaziergänge geleistet worden, ist nicht hoch anzuschlagen. Der Kinder nahmen sich in freien Stunden nur einzelne Vereine an, die mit der Kirche in engem Zusammenhang stehen und ihre religiösen Interessen dabei verfolgen. Außerdem wurden nur von den Kinderhorten einige Ferienspaziergänge veranstaltet. Die Kinderhorte haben aber einen starken bürgerlichen Einschlag, dazu macht sich die „Wohltätigkeit“ fühlbar, die diese Institute erhält. Bei den Ferienspaziergängen kommt auch noch der Klassenunterschied zwischen Kindern und Lehr- und Aufsichtspersonal zum Ausdruck. Die Kleinen haben einen feinen Instinkt; sie fühlen sofort, ob die betreffende Person, sei es Mann oder Frau, aus einem gewissen Zwang heraus mit ihnen verkehrt. Sie verlangen, daß bei Spiel und Erzählung die erwachsenen Personen in der kindlichen Gedankenwelt aufgehen. Das ist ohne ein Vertraut- und Verwachsensein mit den Verhältnissen der Arbeiterfamilie nur ausnahmsweise möglich. Die Genossinnen bringen diese wichtige Voraussetzung für den Verkehr mit den Kindern der Volksschulen mit. Die innere Gemeinschaft kam bei den Spaziergängen der Kinderschulskommission deutlich zum Ausdruck. Man konnte das auf allen Spielplätzen beobachten. Probeweise Spaziergänge mit dem Kinderhort zusammen haben im Herbst 1911 stattgefunden, sie sind aber auf Grund der mitgeteilten Eindrücke eingestellt worden. Die Spaziergänge der Kinderschulskommission haben — im Gegensatz zu denen der Horte — rasch an Beliebtheit und Umfang gewonnen. Die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion hat deshalb den Antrag an die Stadt gestellt, Einrichtungen zur Förderung der segensreichen Ferienspaziergänge zu treffen. Sie hatte ja voriges Jahr ihre liebe Not, die bürgerliche Mehrheit von der Notwendigkeit zu überzeugen, 500 Mk. dafür in den Etat einzusetzen.

Die Kinderschulskommission hatte sich nach den Erfahrungen vom Jahre 1911 zur Aufgabe gemacht, in den Ferien die Spaziergänge in der Hauptsache an den Nachmittagen und zur Probe an einem ganzen Tage zu unternehmen. Die Veranstaltungen stellten den Genossinnen schwere Aufgaben, die mit Hingabe und Verantwortlichkeitsgefühl erfüllt worden sind. Es beteiligten sich etwa 60 Frauen an den Spaziergängen. Die Kinder wurden von den Sammelplätzen nach den drei Spielplätzen Ostpark, Seehofswiese und Diegwald geführt. Nach einer kleinen Stärkung, bestehend aus einem Drittelliter Milch und einem Brötchen, begannen die sehr abwechslungsreichen Spiele, die bis 6 Uhr dauerten. Die Kinder zogen dann geordnet unter Führung nach

Gause. Alles war so organisiert, daß die Frauen bei der Verabschiedung der Kinder am Abend feststellen konnten, ob etwa eines fehlte; gegebenenfalls waren sofortige Recherchen über den Verbleib möglich. Trotzdem als Grundsatz galt, daß nur schulpflichtige Kinder an den Spaziergängen teilnehmen sollten, wurden auf Drängen der Eltern auch kleinere zugelassen. Oft konnte man auf dem Nachhauseweg unsere aufsichtsführenden Genossinnen mit einem Kinde auf dem Arme sehen. Bei dem ganztägigen Spaziergang hat sich gezeigt, daß die Kinder ein warmes Mittagessen bekommen müssen. Die Herstellung eines solchen bereitet Schwierigkeiten, deren Lösung letztes Jahr dank der Bereitwilligkeit der Mäggelgesellschaft erleichtert wurde, die neben der Lieferung der Suppenwürze auch die Zubereitung der Mahlzeit für über 1300 Kinder übernommen hatte. Ganztägige Ferienspaziergänge mit Mittagmahl haben eine gute Organisation und ausreichende Geldmittel zur Voraussetzung, ebenso Kochgelegenheit und genügendes Hilfspersonal. Die Kinder wurden an dem ganztägigen Spaziergang (mit Ausnahme der Kinder von Sachsenhausen und Oberrad) mit der Straßenbahn nach dem allgemeinen Sammelpunkt gebracht, dem Tivoligarten. Nachdem sich jedes Kind mit einem Glase Milch und einem Brötchen gestärkt hatte, begannen die einzelnen Abteilungen ihre Wanderungen in den Wald, wo sie sich unterhielten. Die ersten Teilnehmer kamen um 11 Uhr zum Mittagessen, das in einem Teller ausgezeichnete Suppe und einem Würstchen bestand. Nach kurzer Rast wurde der Wald nochmals zu Spiel und sonstiger Unterhaltung aufgesucht. Gegen Abend erhielten die Kinder vor der Heimbeförderung noch einmal ein Glas Milch und ein Brötchen. Den Abschluß der Spaziergänge bildete ein stark besuchtes Kinderfest, bei dem Kaffee und Brezeln verabreicht wurden, vom Konsumverein und von der Milchverwertungsgesellschaft gespendet. An den halbtägigen Spaziergängen beteiligten sich insgesamt an 21 Tagen 21 790 Kinder, an dem ganztägigen Spaziergang 1307, am Kinderfest 1458. Verabreicht wurden 8258 Liter Milch, 24 555 Brötchen und 1420 Würstchen. 59 Straßenbahnwagen waren nötig gewesen, um die Kleinen nach den Spielplätzen und zurück zu befördern. — Die Kinderschulskommission hat im Auftrag der Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Partei die Spaziergänge organisiert und ist von beiden moralisch und finanziell in der tatkräftigsten Weise unterstützt worden. Die Veranstaltungen haben untreuhaft dargetan, welch dringendes Bedürfnis vorliegt und wie notwendig es ist, daß die Gemeinde mit ihren Mitteln eingreift. Die mithelfenden und aufsichtsführenden Genossinnen haben sich mit verständnisvoller Herzlichkeit und unermüdlichem Eifer betätigt. Ihr Wirken hat gezeigt, daß die Gemeinde, die Allgemeinheit den größten Gewinn von der Betätigung der Frau auf Gebieten hat, wo größere Gemeinschaften immer mehr die Aufgaben übernehmen müssen, die früher in den Händen der Familie ruhten.

Politische Rundschau.

Vor dem Berliner Kriegsgericht ist am 8. August nach mehr-tägiger Verhandlung ein Prozeß gegen sieben Angeklagte zu Ende geführt worden, der die amtliche Bezeichnung „Lilian und Genossen“ trug. Die Öffentlichkeit aber nennt ihn den Krupp-Prozeß und hat damit die Tatsache gekennzeichnet, daß die angeklagten und verurteilten Zeugoffiziere und Unteroffiziere bei der Affäre Nebenache sind, daß vielmehr die eigentliche Angeklagte die Riesenfirma Krupp ist.

Die Ordnungspresse jubiliert angesichts des milden Urteils, daß es sich nur um Kleinigkeiten gehandelt habe, daß die „furchtbaren Übertreibungen“ Liebknechts gerichtet seien. Von einem Panama ist keine Rede, doch sichern diese Ordnungsstützen ihren Lesern. Die Spitzen des Heeres sind an dem Schmierhystem ganz unbeteiligt, das der Prozeß aufgedeckt hat — von einer unerlaubten Bevorzugung der Firma Krupp durch die Armeeleitung, wofür die Mitglieder der höheren Behörden Bestechungsgelder empfangen hätten, kann nicht gesprochen werden, ebensowenig von landesverräterischen Umtrieben. Nur einige untergeordnete Beamte — der Offizierscharakter der Zeugleutnants wird möglichst vertuscht — haben sich durch einen ehemaligen Kameraden zu kleinen Ordnungswidrigkeiten verleiten lassen, mehr aus kameradschaftlicher Gefälligkeit, denn um des verhältnismäßig geringen Lohnes wegen, den der Berliner Vertreter der Firma Krupp, der Herr Brandt, für solche Aufdeckung militärischer Geheimnisse zahlte. Und dabei ist diesen Beamten kaum zum Bewußtsein gekommen, daß sie etwas Strafbares taten, etwas, das der Sicherheit des Deutschen Reiches eventuell gefährlich werden könnte. Sie glaubten die militärischen Geheimnisse des Reiches bei der Firma Krupp ebenso gut aufgehoben wie in den Schränken der amtlichen

Bureaus. Denn diese Firma, die sich der höchsten Gunst der leitenden Stellen erfreute, der eine Vorzugsstellung vor allen anderen Lieferanten eingeräumt wurde, schien ihnen ein Stück Reichsbehörde selbst zu sein. Sie fanden daher nichts Arges dabei, dem Vertreter dieser Firma Dinge anzubertrauen, die sie anderen Leuten niemals preisgegeben haben würden.

So stellt die Ordnungspresse die Dinge dar im heißen Bemühen, die Ehre der Armee und — der Firma Krupp zu retten. Nun mag man den Verurteilten dieses Prozesses mildernde Umstände zubilligen. Sie haben Schmiergelder genommen für die Preisgabe militärischer Geheimnisse, aber sie sind keine Landesverräter. Nur wird die Sache dadurch für die Armeeleitung wie für die Firma Krupp nicht viel besser. Denn wenn die Zeugleutnants durch die Art, wie Krupp von den höchsten Stellen bevorzugt wurde, zu der Anschauung kommen konnten: „Krupp ist der Staat!“, wenn sie behaupten durften, Krupp erfahre ja doch alles, so bezeugt das mindestens, daß das Kriegsministerium nicht die richtige Grenze zu ziehen gewußt hat im Verhältnis zu seinem Hauptlieferanten. In der Folge mußten Auffassungen, wie die eben erwähnten, bei den unteren Stellen entstehen. Die Firma Krupp aber ist unzweifelhaft unlauterer Machenschaften überführt. Die Herren Direktoren, die zu Berlin als Zeugen auftraten, haben sich zwar heftig dagegen gewehrt, daß sie Brandt zu seinem Verfahren angestiftet, ja daß sie es auch nur gebilligt hätten. Aber die Frage, wie denn dieser Beamte, der doch geheimes, auf geradem Wege nicht zu erlangendes Material liefern sollte, sich dieses auf nicht strafbarem Wege verschaffen sollte, auf diese Frage, die sich jedermann aufdrängt, hat keiner eine offene und befriedigende Antwort zu geben gewußt. Brandt sollte vor allem die Preisangebote der Konkurrenzfirmen ausspionieren. Daß er sie nicht auf gefählichem Wege erfahren konnte, daß keiner seiner ehemaligen Kameraden, die er im kameradschaftlichen Verkehr aushörchen sollte, berechtigt war, diese Preisangebote zu offenbaren, das alles wußten die Kruppdirektoren sehr gut. Aber sie haben die „Kornwalzer“, die Geheimberichte des Brandt mit diesen Angaben ruhig zur Kenntnis genommen, ohne zu fragen, wie er sie gewonnen hat. Den einen ging's nichts an, der zweite hat nicht darüber nachgedacht, der dritte hat noch eine andere Ausrede und so fort. Ein Grundsatz dieser Firma scheint zu sein, daß allzuviel Wissen Kopfweh macht. Man hat sich damit begnügt, dem Herrn Brandt gelegentlich zu erklären, daß er beileibe nichts Unanständiges tun dürfe, aber die Berichte hat man von ihm weiter gefordert und genommen. Man sicherte sich durch solche billige Mahnungen für alle vorkommenden Fälle — ging aber jeder ernstlichen Prüfung des Brandtschen Verfahrens hartnäckig aus dem Wege. So sichern sich bisweilen Polizisten, wenn sie bei Mißhandlungen von Arrestanten durch Beamte zugegen sind, indem sie wegsehen. Nachher können sie dann mit ruhigem Gewissen schwören, daß sie nichts dergleichen gesehen haben. Überhaupt scheint das System der Dedung bei der Firma Krupp recht gut ausgebildet zu sein. Es gibt so viele Direktoren dort, daß es schwer fällt, festzustellen, wer für eine bestimmte Maßregel verantwortlich ist. Unter dem halb Dutzend dieser Herren, die nach Berlin vor's Kriegsgericht zitiert wurden, wo sie wegen des Verdachtes der Mitschuld allerdings unvereidigt vernommen wurden, war keiner, der genau zu sagen wußte, mit welchen Aufträgen, zu welchem Zwecke Brandt eigentlich in Berlin angestellt wurde, keiner, der für diese Anstellung verantwortlich sein wollte. Dagegen versicherte einer, daß er sie für gänzlich überflüssig gehalten habe, und wollte glauben machen, daß die „Kornwalzer“ eigentlich ganz wertlos für die Firma gewesen seien. Das paßt vortrefflich zu der Tatsache, daß Brandt im Gehalt auf über 10 000 Mk. gestiegen ist und daneben noch 3500 Mk. Repräsentationsgelder erhielt.

Ob es in dem Verfahren gegen Brandt selber, das demnächst vor dem bürgerlichen Gericht in Berlin stattfinden soll, gelingen wird, dieses Rätsel zu lösen? Und ob dort neben Brandt seine Vorgesetzten, die Kruppdirektoren, auf der Anklagebank erscheinen werden? Oder ob sie ganz ungehorsam bleiben, weil sie von nichts gewußt haben? Die Besitzerin des Riesenbetriebs, die Tochter des letzten Krupp, Frau Krupp von Böhlen-Halbach, wird ja von den Gerichten nicht behelligt werden können. Denn sie und ihr Gemahl haben ja mit dem Betrieb keine andere Verbindung, als daß sie das Millioneneinkommen einstreichen und verzehren, soweit sie es nicht zur Erweiterung des Riesenbetriebs oder zu den berückichtigten, die Arbeiter mit der Verheißung auf Alterspensionen fesselnden Kruppschen Wohlfahrtseinrichtungen verwenden. Beide liefern den Beweis, wie überflüssig heute der Unternehmer für die Produktion ist. Der gewaltige Ertrag des Riesenbetriebs, den viele Zehntausende von Arbeitern und Angestellten schaffen müssen, fließt

zwei Leuten zu, die so wenig von den Vorgängen auf dem Werke wissen, die an der Arbeit so wenig beteiligt sind, daß kein Staatsanwalt auf den Gedanken kommen konnte, diese beiden Leute in das Verfahren gegen Brandt hineinzuziehen. Die Hand- und Kopfarbeiter, die die Arbeit leisten, müssen sich, bis auf wenige Inhaber der höchsten leitenden Posten, mit geringen Löhnen und Gehältern zufriedengeben. Denen, die nie ihre Arme gerührt oder ihr Hirn bemüht haben, die keinen Anteil an der großen Arbeitsleistung des Betriebs haben, fällt mehr zu als allen Arbeitenden des Werkes zusammen! Das ist der Kapitalismus, das ist die Konsequenz des Privateigentums.

Wenn aber Frau Berta und ihr Gemahl außerhalb der Schutzlinie stehen — auch für die Verantwortung vor dem Gesetz haben sie „ihre Leute“ —, so ist die Firma, so ist das vielköpfige Direktorium damit nicht gerettet. Die Ordnungspresse tut so, als schwebte sie im Triumph, weil die Armeelieferung rein aus der Sache hervorgegangen sei. Aber nur die allerrobustesten Scharfmacherblätter wagen die Firma Krupp in Schutz zu nehmen. Das sind jene Organe, die direkt von den Schwerindustriellen unterhalten werden, die alles verteidigen müssen, was die Großunternehmer angeht, und wäre es noch so stinkend. Diese bedenkenlosen Klopfflechter des Kapitalismus sind es denn auch, die sich erfreuen, von einem Panama des Genossen Liebknecht, von einem Panama der Sozialdemokratie zu sprechen. Die Zeitungen der bürgerlichen Presse, die nicht völlig abhängig vom Unternehmertum sind, bemühen sich, die Firma Krupp mehr oder minder entschieden wegen ihrer Schmiergeldpraktiken zu tadeln. Angriffe auf die Sozialdemokratie wegen ihrer „Übertreibungen“ können sich aber nur wenige bürgerliche Blätter verkneifen, auch das Organ Bethmanns, die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, mußte in diesen nichttönenden Chor mit einstimmen. Die Sozialdemokratie kann das gelassen ertragen. Sie hat nichts als ihre Schuldigkeit getan. Und wird sie weiter tun bis zum völligen Austrag der Sache vor dem bürgerlichen Gericht und in der Kommission zur Untersuchung der militärischen Lieferungen, deren Einsetzung eine Frucht ihrer energischen Kritik war.

Eine andere Frucht ihres Kampfes gegen den Militarismus ist soeben reif geworden. Die Reichsregierung hat doch nicht gewagt, das Rotgesetz zur Änderung des Militärstrafgesetzbuchs, das unter dem Eindruck des furchtbaren Erfurter Schreckensurteils vom Reichstag beschlossen wurde, bis zum Herbst liegen zu lassen. Die Stimmung, die in der Presse laut wurde, als der Bundesrat sich nach Reichstagschluß vertagte, ohne dieses Gesetz fertigzustellen, hat Bethmann Hollweg offenbar überzeugt, daß er hier schnell handeln müsse. In aller Stille wurde der Bundesrat aus den Ferien bemüht, und am 9. August wurde plötzlich unerwartet das Gesetz fix und fertig veröffentlicht. So kann es den Erfurter Verurteilten in der Berufungsinstanz doch noch zugute kommen, das heißt wenn die Militär Richter wollen, denn die neuen Bestimmungen sind leider nicht zwingendes Recht, sondern ihre Anwendung ist ins pflichtgemäße Ermessen der Richter gestellt.

Auf der Balkanhalbinsel ist der Friede geschlossen worden. Bulgarien hat nachgeben müssen, es erhält von der Beute, die es schon sicher zu haben glaubte, nur einen Teil, Serbien und Griechenland haben erheblichen Gewinn auf seine Kosten zu verzeichnen, und auch Rumänien hat seinen Vorteil gewahrt. Der Balkanbund ist durch diesen zweiten Balkankrieg zerrümmert; zwischen Bulgarien auf der einen und Serbien und Griechenland auf der anderen Seite hat sich wütender Haß aufgetan; von einem Zusammenwirken der Balkanstaaten ist auf lange nicht mehr die Rede. Bulgarien wird auf Vergeltung sinnen, die Staaten werden um die Wette Kriegsrüstungen vornehmen, und die Völker werden verhehrt werden. Die Balkanhalbinsel bleibt ein Kriegslager, eine europäische Wetterdecke, wo sich wegen des Anteils, den die Großmächte an den dortigen Entscheidungen nehmen, auch künftig leicht der Brand entwickeln kann, der Europa in Flammen setzt. Die Türkei weigert sich immer noch, trotz aller „großmächtigen“ Ermahnungen, Adrianopel zu räumen.

H. B.

Gewerkschaftliche Rundschau.

Der Werftarbeiterstreik hat den Metallarbeiterverband in eine Lage gebracht, wie sie gleich mißlich in der Geschichte der deutschen Gewerkschaften kaum zu finden ist. In allen unseren Zentralverbänden besteht die Bestimmung, daß Arbeitsniederlegungen nur unter Zustimmung des Zentralvorstandes erfolgen können. Die Erfahrung hat die Gewerkschaften dazu geführt, sogenannte „wilde Streiks“ zu verhüten. Planmäßige Vor-

bereitung, Organisation der Arbeiter, Beobachtung der Wirtschaftslage, die Erschöpfung jeder Verhandlungsmöglichkeit gelten als Vorbedingungen eines mit Aussicht auf Erfolg zu beginnenden Kampfes. Die Bauarbeiter standen im Frühjahr wohlgerüstet da. Mit gefüllter Kasse, vortrefflich organisiert und in Gemeinschaft mit der christlichen Organisation leiteten sie ihre Lohnbewegung ein. Ihre Geduld wurde auf eine harte Probe gestellt, und doch standen die gut disziplinierten Massen Gewehr bei Fuß, obwohl fast jeder davon überzeugt war, daß es zum offenen Kampfe kommen mußte. Die gleiche Disziplin bewiesen auch die Holzarbeiter und schließlich auch die Maler. Die Werftarbeiter dagegen sind nicht gewohnt, sich einer gewerkschaftlichen Disziplin unterzuordnen. Sie sind auch in früheren Fällen gar oft schnell entschlossen zur Tat übergegangen. Und sie haben auch viele triftige Gründe auf ihrer Seite. Die Werftbesitzer halten getroffene Abmachungen und Versprechungen nicht und suchen jedesmal die Verhandlungen zu verschleppen. Die Arbeiter haben im Arbeitsvertrag wenig Bestimmungsrecht, ihre Löhne sind nicht hoch, während die Teuerung in den Hafenstädten am empfindlichsten zu spüren ist. Wenn da die Empörung ausloset, ist es verständlich. Täglich wird aber der Kampf mit dem gut organisierten Unternehmertum schwieriger, und er stellt große materielle Anforderungen an die Gewerkschaftsmitglieder. Die Beiträge sind in den Gewerkschaften im Verlauf von zehn Jahren stark gestiegen. Und Hunderttausende zahlten in jahrzehntelanger Selbstlosigkeit diese hohen Beträge, ohne je die Mittel der Organisation in Anspruch genommen zu haben, nur um ihren Berufsgenossen zu besseren Arbeitsbedingungen zu verhelfen. Daraus auch erwächst den Organisationsleitungen die Pflicht, mit den finanziellen Mitteln der Organisation hausälterisch umzugehen und gewissenhaft zu prüfen, ob große Ausgaben der Organisation zweckentsprechend zur Verwendung kommen. Sie können die Gelder der Organisation nicht ohne weiteres zugunsten einer Arbeiterschicht aufwenden, während draußen im Lande große Arbeitermassen unter noch elenderen Arbeitsbedingungen seufzen. Aus diesen Erwägungen und anderen wichtigen Gründen der gewerkschaftlichen Kriegführung hatte es bekanntlich der Vorstand des Metallarbeiterverbandes abgelehnt, den Streik der Werftarbeiter zu billigen und ihm das Recht auf die Unterstützung der Organisation zuzuerkennen. Der Vorstand des Verbandes konnte sich für seine Entscheidung außer auf die Bestimmung des Statuts auch noch auf einen besonderen Beschluß einer früheren Generalversammlung berufen. Danach ist festgelegt, daß Arbeitsniederlegungen nicht vor völliger Erschöpfung jeder Verhandlungsmöglichkeit erfolgen dürfen, und daß die Taktik in Lohnkämpfen von der Zentralleitung bestimmt wird. Die einberufene außerordentliche Generalversammlung des Metallarbeiterverbandes hat dem Streik der Werftarbeiter die Anerkennung verweigert, die Haltung des Vorstandes als korrekt erklärt und von den Streikenden die Wiederaufnahme der Arbeit verlangt, damit neue Verhandlungen angebahnt werden können. Ein ernster Beschluß, der gewiß von vielen schweren Herzen gefaßt worden ist. Es ist keine Kleinigkeit, streikenden Arbeitsbrüdern zu sagen, ihr müßt den Kampf aufgeben. Mit schwacher Mehrheit nur fiel die Entscheidung, sie ist sicher zum guten Teil mit von der Befürchtung diktiert worden, daß das Beispiel der Werftarbeiter Schule machen könne, und daß daher dem ersten Schritte auf dem Wege zu wilden Streiks gewehrt werden müsse.

Die Hanauer Stuisarbeiter und -arbeiterinnen sind ausgesperrt. Ein Syndikus und ein Generalsekretär der Scharfmacherverbände haben die Stuisfabrikanten aufgepuscht. Den Anlaß zum Kampfe gab die Forderung der Arbeiter auf Tarifierneuerung. Die Fabrikanten verlangten, daß der Tarif auf drei Jahre verlängert werde, und wollten nur einer Anzahl Beschäftigter 1 bis 3 Pf. Stundenlohnszuschlag gewähren. Darauf konnten sich die Arbeiter nicht einlassen. Da es sich hier um den Lohnkampf einer besonders qualifizierten Berufsgruppe handelt, für die Ersatz nicht so leicht zu beschaffen ist, dürften die Unternehmer bald von der Anwendung von Gewaltmitteln zu einer vernünftigeren Beurteilung der Sachlage befehrt werden.

Das Koalitionsrecht wird den Eisenbahnern vorenthalten. Die Eisenbahnbehörden wachen streng darüber, daß keiner der Angestellten etwa einer Gewerkschaft angehöre. Die königlich preussische Polizei unterstützt die Besinnungsschnüffelei der Eisenbahnbehörden nach Kräften. Wir erinnern nur daran, wie sie die auf ungesetzlichem Wege erlangten Abschriften der Mitgliederlisten der Verwaltungsstelle Essen des Transportarbeiterverbandes an die Eisenbahnbehörde auslieferte, die darauf schleunigst einen Eisenbahnarbeiter entließ, der durch Zufall in der Liste stand. Inzwischen wird ein Fall aus Bochum bekannt, der typisch ist für

die Beschäftigung der Eisenbahnangestellten. Ein Arbeiter stand vor der Einstellung bei der Eisenbahn, er sollte den fürslichen Lohn von 3,90 Mk. pro Tag erhalten. Seine Mitgliedschaft in der Partei, der Gewerkschaft und der Konsumgenossenschaft hatte er preisgegeben, um „Staatsknecht“ werden zu können. Ein uniformierter Polizist aber erkundigte sich bei der Nachbarschaft des Stellungsuchenden, ob dieser auch wirklich keiner der Organisationen mehr angehört. „Die Eisenbahnverwaltung hat uns beauftragt, Recherchen über den Mann einzuziehen“, erklärte der Hüter unserer gottgewollten Ordnung. Wie vielseitig doch die Tätigkeit der Polizei ist! Nur durch Zusammenschluß in der Organisation können die Eisenbahnangestellten gegen diese unwürdige Behandlung und die Mißachtung ihrer Staatsbürgerrechte ankämpfen. Das Duden führt nicht zum Ziele, sondern stärkt nur die Brutalität der rechtbrechenden Herren.

In der Bergarbeiterbewegung gibt es eine Überraschung. Die christliche Organisation, die einen neuen Vorsitzenden hat, veröffentlicht in ihrer Presse einen Aufruf, in dem sie alle Bergarbeiter zur Einigkeit ermahnt und zur Gründung einer Arbeitsgemeinschaft auffordert. Der Bruderzwist zwischen den Organisationen, der seit Jahren an Schärfe stetig zugenommen hat, soll begraben werden, da bei solcher Uneinigkeit der Kampf gegen das allmächtige Grubenkapital mit Erfolg nicht geführt werden kann. Eine sehr angebrachte, wenn auch spät kommende Erkenntnis der christlichen Führer! An ihnen wird es liegen, ihren Mahnruf in die Tat umzusetzen. Niemand wird leugnen wollen, daß die Stoßkraft der organisierten Bergarbeiter stark durch den scharfen Kampf zwischen den beiden Organisationsrichtungen beeinträchtigt worden ist, der gerade in der Bergarbeiterbewegung die schlimmsten Formen angenommen hat. In anderen großen Gewerben, zum Beispiel im Baugewerbe, werden die Lohnkämpfe von den Organisationen gemeinschaftlich geführt. Die Bergarbeiter aber reiben sich im tödlichen Bruderzwist auf. Angesichts der vielen Sünden, die die christlichen Führer auf dem Gewissen haben, mag hier ein Zusammengehen besonders schwer sein. Indessen, wenn die jetzt angebotene Arbeitsgemeinschaft eheulich gemeint ist, so wird sie nicht zurückgewiesen werden können. Eine Einheitsorganisation wäre allerdings das Beste, um den Grubenbesitzern die volle Macht der Bergarbeiter entgegenzusetzen. Bis zu einer solchen hat es aber noch gute Weile. Schon eine treu durchgeführte Arbeitsgemeinschaft der verschiedenen Organisationen würde ein begrüßenswerter Anfang sein. #

Arbeitslosenanzahl im Deutschen Textilarbeiterverband. Die Julizählung ergab 2607 Arbeitslose, darunter 956 Arbeiterinnen. Im Vormonat waren 1295, im Juli des Vorjahres 793 Beschäftigungslose verzeichnet worden. Am gleichen Tage wurden als auf der Reise befindlich gemeldet 212 arbeitslose Mitglieder, darunter 8 weibliche; im Vormonat waren es 209, im Juli des Vorjahres 145. Die Julizählung erfaßte 98,2 Prozent der Mitglieder, 22 Filialen mit 2492 Mitgliedern haben nicht berichtet. Die Zahl der Mitglieder betrug 87352 männliche und 55130 weibliche, zusammen 142482 Mitglieder. B. W.

Eine Konferenz der Trikotarbeiterinnen von Stuttgart und Umgebung hat am 15. Juli in Stuttgart stattgefunden. Sie war vom Gauvorstand des Deutschen Textilarbeiterverbandes einberufen und wurde in seinem Namen vom Genossen Rödel begrüßt und geleitet. Die Tagung war der erste Versuch dieser Art, die gewerkschaftliche Mitarbeit der Trikotarbeiterinnen von Stuttgart und Umgegend herbeizuführen, und dieser Versuch ist gut gelungen. Die Arbeiterchaft fast aller in Betracht kommenden Betriebe war vertreten, und zwar durch 24 weibliche und 7 männliche Delegierte; 2 Vertreter des Gauvorstandes nahmen an den Beratungen teil. Genosse Rödel wies in seiner Eröffnungsrede darauf hin, daß gerade für die Trikotarbeiterinnen fester Zusammenschluß und einheitliches Zusammenwirken notwendig sei. In den Trikotfabriken sind die männlichen Arbeitskräfte so gut wie ausgeschaltet, und die Arbeiterinnen haben noch nicht die Erkenntnis und die Energie betätigt, geschlossen nach besseren Arbeitsbedingungen zu streben. In der Folge herrschen hier Übelstände, die ihresgleichen suchen und nach Abhilfe schreien. Das wurde durch die Verhandlungen der Konferenz vollaus bestätigt. Genossin Döhning-Stuttgart erörterte in einem sachkundigen Referat die Arbeits- und Lohnbedingungen in den Trikotfabriken. Sie wies nach, daß die Löhne der Arbeiterinnen größtenteils viel zu niedrig sind, und daß die Unternehmer häufig nicht nach festen Regeln zahlen, sondern nach Willkür. Damit ist Lohnrückereien schlimmster Art Tür und Tor geöffnet, und so ist es kein Wunder, daß bei der mangelnden Organisation der Arbeiterinnen die Verhältnisse eher schlechter als

besser geworden sind. Die Arbeiterschaft der Stuttgarter Trikotindustrie müsse daher nach tariflicher Regelung ihrer Arbeitsbedingungen streben, wie sie nur durch die Macht der Gewerkschaft herbeigeführt werde. Bei den Arbeiterinnen dämmert die Einsicht davon auf, doch seien sie zu ängstlich, ihre Einsicht zur Tat werden zu lassen. Planmäßige Aufklärung habe nachzuhelfen, um die zaghaften Gemüter zu lehren, daß die Unternehmer auf die Arbeiterinnen angewiesen sind und deren Forderungen nachgeben müssen, wenn die Ausgebeuteten durch Einigkeit stark sind. Einig und stark werden sie dadurch, daß sie sich dem Textilarbeiterverband anschließen. Eine gute Anzahl der delegierten Arbeiterinnen beteiligte sich in geschickter Weise an der Diskussion. Durch ihre Ausführungen wie die des Genossen Rödel wurde der Beweis erbracht, wie verbesserungsbedürftig die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Trikotarbeiterinnen in Stuttgart und Umgebung sind. Weiteres reiches Material zu diesem dunklen Kapitel brachte das Referat des Genossen Rödel über „Die wöchentliche Lohnzahlung und die Kautionsfrage“. Wir werden darauf in einer besonderen Notiz zurückkommen. Das Referat zeigte schlüssig, wie schwer die Interessen der Arbeiterinnen durch die üblichen langen Lohnzahlungsperioden und den Kautionsunfug geschädigt werden. Die Konferenz stimmte denn auch dieser Resolution zu: „Die am 15. Juli 1913 im Gewerkschaftshaus Stuttgart tagende Trikotarbeiterinnenkonferenz erblickt in einer längeren als wöchigen Lohnzahlungsperiode sowie in dem Einhalten von Kautionen eine schwere Benachteiligung der Arbeiterinnen. Sie fordert die Einführung der wöchentlichen Lohnzahlung, Abschaffung jeglicher Kautionen und verlangt, daß zwischen Schlußtag und Lohnntag kein längerer Zeitraum als zwei Tage liegen darf. Die Konferenz beauftragt die Verbandsleitung, die Forderung in entsprechender Weise den Arbeitgebern zu übermitteln und die Durchführung derselben in die Wege zu leiten.“ Auch zum ersten Punkt der Tagesordnung — Lohn- und Arbeitsbedingungen — hatte die Tagung beschlossen, eine energische Bewegung zur Beseitigung der Mißstände einzuleiten. Von den Trikotarbeiterinnen selbst hängt es nun ab, ob sie die drückendsten Übel ihrer Fron von sich abschütteln wollen. Sind sie dazu entschlossen, organisieren sie sich und wirken sie mit Klugheit und Nachdruck für die aufgestellten Forderungen, so kann der Erfolg nicht ausbleiben. Der Textilarbeiterverband wird ihr Berater und ihre Stütze sein. H. R.

Aus der Holzarbeiterbewegung. Trotzdem im allgemeinen die Geschäftslage nicht günstig ist, sind im Holzgewerbe gegenwärtig immer noch Lohnbewegungen im Gange. Allerdings müssen dabei die reinen Tischlerberufe, die im Frühjahr vorangingen, zurückstehen. In Nürnberg stehen die Pinselmacherinnen und -macher, über 1700 an der Zahl, immer noch im Streik. Das Hauptinteresse wendet sich jedoch zurzeit den Seeschiffswerkern zu, wo gleichfalls gegen 1700 Holzarbeiter am Kampfe beteiligt sind. Daneben laufen noch eine ganze Anzahl von Lohnbewegungen. In einer solchen befinden sich unter anderen auch die Knopfmacher in Schmöln, wo etwa 500 Arbeiterinnen und 1100 Arbeiter in Frage kommen. Die Arbeiterschaft der dortigen Stein- und Knopfabrik hat sich zur Annahme der gebotenen Zugeständnisse — sie bringen neben sonstigen Verbesserungen im Durchschnitt etwa 7 Prozent Lohnerhöhung — unter der Voraussetzung bereit erklärt, daß die bisher von den Zulagen ausgeschaltet gebliebenen Spezialbranchen noch ihre Berücksichtigung finden. Dagegen ist es in einer großen Fabrik der Hornknopfbranche zur Kündigung gekommen, weil es dort infolge mindertwertigen Materials nicht möglich ist, auf den in anderen Fabriken verdienten Lohn zu kommen und der Fabrikant eine entsprechende Aufbesserung ablehnte. Die Kinderwagen- und Fahrradfabriken der Drennaborwerke in Brandenburg haben am 2. August ihre rund 2000 Arbeiter ausgesperrt, weil diese einen von der Firma diktierten neuen Tarifvertrag nicht ohne weiteres annehmen wollten. Unter den Ausgesperrten befinden sich auch 400 Holzarbeiter, meist Korbmacher, Stellmacher und Tischler. In Leipzig streiken schon seit sechs Wochen die Modellistler, um die 51stündige Arbeitswoche und entsprechende Lohnerhöhung durchzudrücken, während die gleiche Branche in Nürnberg ohne Arbeitseinstellung zu der 52stündigen Arbeitswoche gelangte. Die Stuhlarbeiter in Rabenau in Sachsen haben jetzt endlich auf friedlichem Wege erreicht, wofür sie im Jahre 1911 insgesamt 22 Wochen im Streik standen. Es zeigte sich auch hier, daß die Kraft der Organisation zum Ziele führt. Der jetzt nach langen Verhandlungen abgeschlossene Tarifvertrag bringt die Herabsetzung der wöchentlichen Arbeitszeit von 56 auf 55 Stunden, Erhöhung der Stundenlöhne um 5 Pf. und eine Verbesserung der

bestehenden Akkordpreise. Wichtig ist hier, daß für die Kalkulation neuer Muster je ein besonderer Kalkulationstarif für die einzelnen Sparten, wie Stuhlbauer, Polierer und Drechsler, geschaffen werden soll. Die Festsetzung der Akkordpreise macht bei den häufig wechselnden Mustern heute erhebliche Schwierigkeiten und führt oft zu Differenzen. In der Stuhlindustrie ist es aber dem Deutschen Holzarbeiterverband bereits heute in vielen Betrieben gelungen, dem einzelnen Arbeiter das Feilschen um den Akkordpreis mehr oder weniger abzunehmen und Ausschüsse mit der Wahrung seiner Interessen zu betrauen.

Das **Verbandshaus der Holzarbeiter in Berlin** ist Ende Juni bezogen worden. Es liegt im Zentrum der Stadt, gegenüber dem Märkischen Museum mit seinen Anlagen, und bildet die Ecken der Straßen Am Köllnischen Park und Kungesträße. Das Gebäude umfaßt fünf Stockwerke. Die Fassade ist im Erdgeschoß mit Sandstein, im übrigen aber mit Backstein verblendet. Das erste, zweite und dritte Geschloß sind zu Wohnungen von drei bis fünf Zimmern ausgebaut. Deren Mietpreis steht allerdings infolge der teuren Bodenpreise im Berliner Zentrum derart hoch, daß sie für die Angehörigen des Verbandes selbst nicht in Frage kommen. Mieter aber haben sich leicht gefunden. Im vierten Stockwerk liegen die Verwaltungsräume des Zentralvorstandes des Verbandes. Von den drei Straßeneingängen zum Haus ist einer ausschließlich für die Wohnungen bestimmt. Eine Einfahrt geleitet uns in den Hof und zu dem Seitenschloß. Das Erdgeschoß des Vorderhauses birgt außer einem Laden und einem Restaurant die Geschäftsräume der Berliner Zählstelle des Deutschen Holzarbeiterverbandes, die gegenwärtig etwa 30 000 Mitglieder zählt. Hier und in einigen angeschlossenen Räumen des ersten Stockes sind Verwaltung, Kasse, Bibliothek und Arbeitsnachweis untergebracht. Zum letzteren gehört noch ein besonderer Arbeitslosen-saal, der auch für größere Sitzungen benützt wird.

Die oberen Stockwerke sind durch einen Fahrstuhl mit Selbststeuerung zu erreichen, der uns auch zu den Geschäftsräumen der Verbandszentrale bringt. Zu beiden Seiten eines langen Ganges liegen die einzelnen Arbeitszimmer des Vorstandes und der Redaktion des Verbandsorgans. Den Abschluß der Straßentront bildet der Sitzungssaal, in dem mindestens einmal in der Woche der gesamte Vorstand zusammentritt. Nach Bedarf finden hier auch die Zusammenkünfte der Gauborsteher und sonstige Konferenzen statt. In das Dachgeschoß ist neben den zu den Wohnungen gehörigen Bodenräumen auch ein feuerfesterer Archivraum eingebaut worden.

Der Hinterflügel des Verbandshauses birgt im vierten Stock die Buchhandlung und die Expeditions-, Pack- und Lagerräume. Das Erdgeschoß und der erste Stock dagegen haben die neu eingerichtete Buchdruckerei des Verbandes aufgenommen. Diese enthält vorerst eine Rotationsmaschine für den Druck der „Holzarbeiterzeitung“ (195 000 Auflage), zwei Schnellpressen für das „Nachblatt für Holzarbeiter“ (12 000 Auflage) und andere Druckarbeiten, eine kleine Handpresse, eine Sekymaschine, Papierschneidemaschine, Stereotypie und das nötige Material für den Handtag.

Im zweiten Stock hat der Gauborstand für den Gau Berlin des Verbandes sein Bureau eingerichtet. Der ganze Hof ist unterkellert und so als Papierlager nutzbar gemacht. Vom Keller bis zum Dachgeschoß des Hinterflügels verbindet ein Lastenfahrstuhl die Räume miteinander. Im Herbst wird noch eine weitere Arbeiterorganisation ihren Einzug in unserm Verbandshaus halten, nämlich der Zentralvorstand des **Bildhauerverbandes**, der einige Räume an der Kungesträße bezieht.

Das ganze Gebäude des Verbandes ist mit Zentralheizung, Warmwasser- und elektrischem Licht versehen. Ausschließlich von organisierten Arbeitern ausgeführt, solide im Bau, kraftvoll im Äußeren bildet das Verbandshaus der Holzarbeiter nicht nur eine Zierde jener Stadtgegend, sondern ist auch ein bedeutendes Wahrzeichen der Macht, die im Zusammenschluß der Arbeiter liegt.

Genossenschaftliche Rundschau.

Die Eigenproduktion der Konsumvereine, die dem Zentralverband angehören, hat in den zehn Jahren seit dessen Gründung große Fortschritte gemacht. So stieg die Einnahme für Waren, die in eigenen Betrieben hergestellt werden, in dieser Zeit von rund 12%, Millionen auf 88% Millionen Mark. Der Anteil dieses Postens an dem Gesamtumsatz stieg von 9,6 auf 19,8 Prozent, und die Zahl der in den Eigenbetrieben der Konsumvereine beschäftigten Personen erhöhte sich von 900 auf 3875. Am Ende des Jahres 1912 hatten 253 Konsumvereine Eigenbetriebe. In überwiegender Zahl, nämlich 200, entfallen diese auf

die Bäckerei. Aber auch auf anderen Produktionsgebieten entwickelt sich der Eigenbetrieb mehr und mehr, wie in einem Artikel der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“ festgestellt wurde. Danach ist die Zahl der Konsumvereinsfleischerereien und -wurstfabriken auf über 30 gestiegen; neben bescheidenen Schweine-mehlgereien findet man auch Großbetriebe mit Millionenjahresumsätzen. Die Herstellung von Limonaden, Selterswasser usw. wurde von mehr als 30 Vereinen in eigene Regie übernommen. Auch die Errichtung eigener Kaffeeröstereien war manchen größeren Vereinen möglich. Als Nebenbetriebe der Bäckerei sind die Mühlen und Mufelfabriken anzusehen. Namentlich Schrotmühlen wurden in jüngster Zeit mehrfach errichtet. In Süddeutschland kommt die Obstkellerei und Mosterei in Aufnahme, auch die Sauerkrautfabrikation findet sich vor. Zwei Vereine betreiben auch Destillation, was besser unterbliebe. Fünf Vereine haben begonnen, Milchvertrieb und -verarbeitung einzurichten, drei betreiben Käseerei, mehrere in Sachsen Butterformerei. Neben den im vorigen Jahre von der „Produktion“ in Hamburg übernommenen landwirtschaftlichen Betrieben ist die in gleicher Richtung sich bewegende Tätigkeit des Essener Vereins zu nennen, der zur Schweinemästerei geschritten ist. Endlich betreiben noch einzelne Vereine die Fabrikation von Zigarren, Holz-, Korb- und Bürstenwaren, Konfektions-, Schnitt- und Strumpfwaren und einer die Herstellung handgeschmiedeter Räder. Nicht unerwähnt darf schließlich bleiben die selbstständige Wohnbautätigkeit mancher Vereine; wohnen doch weit über tausend Familien in Konsumvereinshäusern.

Die Konsumvereinsfeinde fahren mit Nachdruck in ihren rüchständigen und volksfeindlichen Bestrebungen fort. Ein hübsches Bündel ihrer Forderungen hat jetzt der Deutsche Handwerks- und Gewerbelammertag wieder für den Reichstag und Bundesrat zurechtgemacht. Man kann nicht sagen, daß diese Leute allzu bescheiden wären. Im Gegenteil, sie gehen aufs Ganze. Das beweisen unter anderem folgende Forderungen: „Die Gründung neuer Konsumvereine für Beamte ist von der Bedürfnisfrage abhängig zu machen. Das gleiche gilt bei Änderung der bestehenden Beamtenkonsumvereine und Gründung von Filialen. Verbot der Beteiligung von Beamten an der Verwaltung der Konsumvereine; Vereinstellung von Dienststräumen für den Geschäftsverkehr der Konsumvereine und sonstige Vergünstigungen seitens der Behörden sind zu untersagen. Die Gründung neuer Werkkonsumanstalten, das heißt Konsumanstalten für private Betriebe, ist, wie in Frankreich, gesetzlich zu verbieten, die bestehenden sind in angemessener Frist aufzulösen. Gesetzliches Verbot an die Konsumvereine und Konsumanstalten, selbstproduzierte Waren an Nichtmitglieder zu verkaufen. Einführung einer progressiven Umsatzsteuer zur Ergänzung der Einkommensteuer. Strenge Handhabung der Bestimmungen der Gewerbeordnung hinsichtlich der konsumgenossenschaftlichen Geschäftsbetriebe. Es sind gesetzliche Maßnahmen zu erwirken, wodurch den Konsumvereinen die Errichtung von Zweigniederlassungen und Verkaufsstellen außerhalb des Ortes ihres Sitzes verboten und innerhalb des Ortes ihres Sitzes nur nach dem vorhandenen Bedürfnis gestattet sein soll.“ — Mehr kann man wirklich beim höchsten Willen nicht verlangen! Die Scharfmacher, die hier am Werke sind, scheinen noch immer nicht begreifen zu wollen, daß die radikalsten ihrer Forderungen von keinem vernünftigen Menschen ernst genommen werden können. Soweit sie an Parlamente gerichtet sind, können sie höchstens Mittel zum Zweck sein, wieder einmal einige kräftige Mittelstandsreden zu halten. Aber auch das zieht nicht mehr, wie man in der letzten Zeit beobachten konnte. Die Konsumvereine sind eben ein in der Linie der wirtschaftlichen Entwicklung liegendes Bedürfnis, und da nützt alles aufdringliche Schreien dagegen nichts. — Nicht nur den konservativen und antisemitischen Dresdener Stadtverordneten sind die Begrüßungsreden, die ein liberaler Stadtverordneter und Genosse Frähdorf auf dem Genossenschaftstag in Dresden hielten, auf die Nerven gefallen, auch die Mittelstandspresse ist darüber mehr oder weniger aufgeregt. Wir erwähnten den Vorgang in der vorigen Rundschau bereits kurz. Die Krämer und ihre Wortführer benützen eben jede Gelegenheit, um für ihre Sache Lärm zu schlagen. Dieses blindwütige Drauflosgehen der Mittelständler wird aber immer wirkungsloser, weil sich die Öffentlichkeit nachgerade an dieses Loben gewöhnt und nichts mehr darauf gibt. Damit soll nicht gesagt sein, daß die Arbeiter nichts dagegen tun sollen. Die beste Antwort darauf war und wird stets sein: Erst recht hinein in die Konsumvereine!

Den Mittelständlern und ihren Vorlämpfern ist es stets recht unangenehm, wenn sie daran erinnert werden, daß sich auch weite bürgerliche Kreise des Genossenschaftswesens bedienen, während

man den Arbeitern, die das am meisten nötig haben, auf jener Seite dieses Recht bestreitet. Diesem unbehaglichen Argument gegenüber bemerkt jüngst die „Staatsbürgerzeitung“ und mit ihr andere gesinnungsverwandte Blätter: „Während also die gewerbliche Genossenschaft wenn auch kein erwünschtes, so doch aber ein berechtigtes Mittel der Selbsthilfe bedeutet, hat die Konsumentengenossenschaft keinerlei Anspruch auf Berechtigung, weder vom wirtschaftlichen noch vom moralischen Standpunkt aus. Ihr Daseinszweck ist, die Ware billiger zu erhalten. Dieser Zweck ist menschenfeindlich; denn er zielt dahin, die Warenverteilung und die Produktion aus den Händen Selbständiger in die Hand Unselbständiger zu legen. Er ist ferner unsozial, weil die Bemühungen, um jeden Preis niedrigere Preise zu erzielen, dieselben Folgen nach sich ziehen wie die Preisunterbietungen im Submissionswesen: sie stehen den Bestrebungen der Arbeiter nach hohen oder angemessenen Löhnen entgegen, ja sie führen zu Lohnrückereien. Der Daseinszweck der Konsumentengenossenschaft ist endlich unmoralisch; er erweckt und nährt in den Konsumenten, obwohl sie als Beamte oder Arbeiter meist ein regelmäßiges, den Konjunkturen des Wirtschaftslebens nicht unterworfen Einkommen beziehen, die Instinkte einer ungerechtfertigten Profitgier und einer volkswirtschaftlich ungesunden Dividendenlüsternheit.“ — Es genügt, daß derartige von einem überhöhten Hirn ausgebrüteter Widersinn niedriger gehalten wird. Es ist unmöglich, mit so wenig Worten mehr zu lügen und mehr Unwissenheit zu verraten.

Der Verein für Sozialpolitik hat einen Ausschuss eingesetzt, der eingehende Untersuchungen des Konsumvereinswesens vorzubereiten hat. Nach dem Arbeitsplan dieses Ausschusses sollen sich die Untersuchungen erstrecken auf die geschichtliche Entwicklung der Konsumvereinsbewegung in den einzelnen Ländern und auf Einzeldarstellungen spezieller Gebiete und einzelner Vereine. Nach Vollendung dieser Arbeiten ist eine kritische Darstellung der wichtigsten Ergebnisse der internationalen vergleichenden und systematischen Untersuchungen in Aussicht genommen.

Die Zahl der dem Konsumvereinsverband in der Schweiz angehörenden Vereine stieg von 349 im Jahre 1911 auf 386 im Jahre 1912, die Zahl der Mitglieder der von der Statistik berücksichtigten 314 beziehungsweise 331 Vereine von 224 423 auf 244 183, der Angestellten von 4044 auf 4441, die Summe der Umsätze von 109 309 205 auf 122 991 555 Fr. Dementsprechend ist auch die Summe des Nettoüberschusses von 9 278 811 Fr. auf 9 798 632 Franken und das Genossenschaftsvermögen von 9 125 617 Fr. auf 10 093 595 Fr. gestiegen. Eine Vermehrung hat auch der Durchschnittsumsatz pro Verein von 348 118 auf 371 576 Fr., pro Laden von 101 968 auf 105 663 Fr. und pro Mitglied von 487,07 auf 503,69 Fr. erfahren. — Die Zentralstelle des Konsumverbandes in Basel hatte im Jahre 1912 einen Umsatz von 37,27 Millionen Franken gegen 32,09 Millionen Franken im Jahre 1911. In den nächsten Wochen wird in Basel die neue Schuhfabrik des Konsumverbandes mit einer Tagesproduktion von 500 Paar Schuhen den Betrieb eröffnen. — Von einem neuen genossenschaftlichen Plane erfährt man ebenfalls aus der Schweiz. Dort wollen die Konsumgenossenschaften wenn möglich für alle ihre Angehörigen Erholungs- und Ferienheime organisieren. Es soll die Errichtung von Ferienheimen durch eine zu gründende Genossenschaft herbeigeführt werden. Mitglied dieser Genossenschaft können sowohl Gesellschaften als auch Einzelpersonen werden. Die Mitgliederzahl wäre wie in einer Konsumgenossenschaft nicht zu beschränken. Die Verwaltung soll durchaus demokratisch sein. Jede gewinnfüchtige Absicht ist ausgeschlossen. Der Zweck der Genossenschaft soll erreicht werden: durch Errichtung, Betrieb oder Miete eines oder mehrerer Ferien- und Erholungsheime sowie sonstiger damit in Verbindung stehender Anstalten; durch Abschluß von Rabattverträgen mit Kuranstalten, Pensionen, Restaurants, Lehranstalten usw.; durch Beteiligung an Banken und Anstalten, die die Interessen der Genossenschaft fördern; durch Ansammlung eines unteilbaren Genossenschaftsvermögens; durch Anschluß an den Verband schweizerischer Konsumvereine. Die zu errichtenden Anstalten sollen in erster Linie die Mitglieder der Genossenschaft und deren Angehörige berücksichtigen. Die Mittel zum Betrieb der Genossenschaftsanstalten sollen vornehmlich durch Herausgabe niedrig bemessener Anteilscheine beschafft werden, damit eine Massenbeteiligung möglich ist. — Es ist kein Zweifel, daß mit diesem Plane einem großen Bedürfnis entgegenkommen wird. Die Ferienheimfrage wird brennender, je mehr die Zahl der in Partei, Gewerkschaften und Konsumvereinen Angestellten wächst und auch in der Privatindustrie die Gewährung von Ferien an Angestellte und Arbeiter Fortschritte macht.

Der größte Konsumverein in der Schweiz ist der in Basel, der Ende 1912 33 950 Mitglieder zählte. Der weitaus größte Teil der Haushaltungen im Kanton Basel-Stadt gehört dem Konsumverein an. Sein Jahresumsatz betrug 1912 25 888 291 Franken. Der Verein hat 106 Verkaufsstellen und 1083 Angestellte, darunter 461 weibliche, die alle unter bedeutend besseren Arbeitsbedingungen beschäftigt sind, als Privatbetriebe sie gewähren.

In England zählte man im Jahre 1912 1520 Konsum- und Produktivgenossenschaften. Der Gesamtumsatz stellte sich ohne Einrechnung des Umsatzes der beiden Großeinkaufsgesellschaften auf 1 752 118 500 Mk. Die Zahl der Mitglieder war 2 876 892, so daß auf ein Mitglied ein Umsatz von 609 Mk. kommt. Rechnet man auf ein Mitglied durchschnittlich eine Familie von nur vier Köpfen, so umfaßt die Bewegung über ein Viertel der Bevölkerung. Der Reinüberschuß erreichte die Höhe von 322,2 Millionen Mark gleich 11 Prozent des Umsatzes. Der Umsatz der Großeinkaufsgesellschaften war: englische rund 607, schottische 171, zusammen 778 Millionen Mark. Eigenproduktion hatten 771 Konsumvereine. Zusammen mit den Großeinkaufsgesellschaften und den an Bedeutung zurückgegangenen Produktivgenossenschaften hatten sie eine Produktion im Werte von 448,8 Millionen Mark.

In Washington wurde kürzlich auf einer Konferenz ein Statutenentwurf für einen amerikanischen Genossenschaftsverband ausgearbeitet, der in verschiedenen Nationen alle Arten von Genossenschaften umfassen soll. H. F.

Notizenteil.

Dienstbotenfrage.

Von der Dienstbotenorganisation in Leipzig. Seit dem 1. Juni hat nun auch die Ortsgruppe Leipzig des Hausangestelltenverbandes mit Hilfe der Zentrale und des Leipziger Gewerkschaftskartells ein eigenes Bureau errichtet. Es befindet sich im Volkshaus, Zeitzerstraße 82 III, Zimmer Nr. 83, und ist — von dem Sonnabend abgesehen — täglich von 5 bis 7 Uhr geöffnet. Alle Interessenten erhalten hier kostenlos Auskunft, Rat und Hilfe. Wie oft ist früher von unseren Mitgliedern gewünscht worden, daß ein „eigenes Heim“ geschaffen werde, wo eine Vertreterin der Organisation den Dienstmädchen mit freundslichem Verständnis zur Seite steht, wenn Schwierigkeiten an sie herantreten. Solche Stätte ist nun da. Vorläufig allerdings nur von bescheidener Art: ein kleiner Raum, der aber vergrößert werden kann, wenn die Zahl unserer Mitglieder steigt. Sollen wir das Bureau erhalten und immer besser ausgestatten, so müssen unsere Mitglieder und unsere Genossinnen immer und überall auf den Verband und seine Einrichtung aufmerksam machen, müssen sie im Verwandten- und Bekanntenkreis erzählen, wie nötig und nützlich der Zusammenschluß der Hausangestellten ist und wie tapfer der Verband für alle Dienenden eintritt, denen Unrecht geschieht. Im Bureau wird die Anmeldung von neuen Mitgliedern entgegengenommen, hier kann der Beitrag bezahlt und das Verbandsorgan abgeholt werden, eine Einrichtung, die den Mädchen willkommen sein muß, denen das Hausfließen in Folge des Verhaltens der Herrschaft oder aus sonst einem Grunde unangenehm ist. Hier kann aber nicht nur, sondern soll jedes Mitglied Agitationsmaterial in Empfang nehmen, aufklärende Schriften, die an Hausangestellte, Wasch- und Putzfrauen weiterzugeben sind. Viele von diesen finden noch nicht allein den Weg zum Verband, er muß ihnen gezeigt werden. Unsere kostenlose Stellenvermittlung bleibt nach wie vor mit dem städtischen Arbeitsnachweis verbunden und befindet sich Sandels Hof, Kaschmarkt 3 parterre. Hier sollen demnächst sogenannte „Dienstmädchentage“ eingeführt werden, an denen Herrschaften und Hausangestellte nach eventueller Verhandlung und Verständigung gleich an Ort und Stelle den Dienstvertrag abschließen können. Zu diesem Zwecke wird dem Nachweis ein weiterer Raum angegliedert. Die Entwicklung unserer Ortsgruppe des Hausangestelltenverbandes im zweiten Quartal 1913 ist aus folgenden Angaben zu ersehen. Die Organisation hatte eine Gesamteinnahme von 401 Mk. und eine Gesamtausgabe von 327,27 Mk., wovon 136,90 Mk. an die Hauptkasse abgeführt worden sind. Wir gewannen in diesem Vierteljahr 50 neue Mitglieder und verloren durch Wegzug, Heirat 29, so daß der Mitgliederstand 200 beträgt. Tue jedes Mitglied unserer Organisation seine Pflicht, um die Gruppe zu stärken und mit frischem Leben zu erfüllen. Verpasse keine Genossin und kein Genosse, daß die Hausangestellten zum Proletariat gehören, und daß die meisten von ihnen eines Tages Arbeiterfrauen sein werden. Die Vorwärtsentwicklung der Dienstbotenorganisation muß unser aller Ehrensache sein. A. Hennig.

Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen.

Von der Frauenarbeit in Genf. Der Kapitalismus ist auch in der Stadt Genf der gleiche rücksichtslose Ausbeuter wie in anderen, weniger schönen Orten. Auch dort gehört zu seinen krassesten Merkmalen die menschenunwürdige Entlohnung der Frauenarbeit. 6450 Frauen und Mädchen sind in Genf in industriellen Betrieben beschäftigt, das ist nahezu der vierte Teil der 26 200 Personen zählenden Gesamtarbeiterschaft. Beinahe die Hälfte der weiblichen Arbeiter sind in der Kleider- und Fußbranche tätig, in der insgesamt 4900 Personen ihr Brot erarbeiten. Die in dem Gewerbebezirk beschäftigten Frauen und Mädchen sind größtenteils Heimarbeiterinnen. Sie fronen angestrengt in enger, niederer Stube 12 und 14 Stunden täglich und erreichen pro Tag einen Durchschnittsverdienst von höchstens 2 Fr. Was ihnen von ihrer Gesundheit das ausbeutende Kapital nicht raubt, das geht durch die schlechten Wohnungsverhältnisse zugrunde. Da die Mietpreise in der Stadt Genf für die Proletarier fast unerschwinglich sind, so ist recht oft der Schlaf- und Wohnraum der Familie gleichzeitig die Werkstätte der heimarbeitenden Schneiderin oder Modistin. Kaum besser sind die Arbeitsbedingungen in dem Metallgewerbe, das nach der Kleider- und Fußindustrie die meisten Arbeiterinnen beschäftigt. Hier werden die Frauen und Mädchen für einen elfstündigen Arbeitstag mit einem Höchstlohn von 3 Fr. abgepeist. Das raffinierte Ausbeutungssystem, dem die Metallarbeiterinnen unterworfen sind, ist erst dieser Tage durch eine Klage grell beleuchtet worden. Die klagende Arbeiterin war anderthalb Jahre in der großen Fabrik für elektrische Bedarfsartikel von Gardy in Genf beschäftigt gewesen. Die Firma stellt Arbeiterinnen mit einem Taglohn von 3 Fr. ein und beschäftigt sie nach vierzehntägiger Probezeit mit Stückarbeit. Das Mehr, das nach die Akkordarbeiterin über ihren Taglohn erzielt, bekommt sie aber nicht ausbezahlt, wie es sich billig gehörte. Sie erhält nur die Hälfte des Überschusses, den sie erarbeitet hat, die andere Hälfte steckt die Firma ein. Umgekehrt setzt die noble Betriebsleitung den Taglohn von 3 Fr. sofort auf 2,50 Fr. oder 2 Fr. herunter, wenn sie wähnt, eine Arbeiterin bringe weniger Gewinn, als veranschlagt worden war. Die Firma scheut sich nicht, auf die angegebene Weise auch solche Arbeiterinnen zu prellen, deren Tagesverdienst um einen halben oder ganzen Franken gekürzt worden ist, wenn sie einmal bei der Stückarbeit einen Überschuss verdienen. Diese Geschäftspraxis ermöglicht es der Firma Gardy, daß sie in guten oder schlechten Jahren einen Überschuss von 500 000 bis 600 000 Fr. erzielt und an ihre Aktionäre eine Dividende von 8 bis 9 Prozent verteilen kann. Das gemeine Ausbeutungssystem, das zu dem fetten Gewinn beiträgt, ist durch die Klage jener Arbeiterin einwandfrei festgestellt und verurteilt worden. Die Firma mußte der Klägerin den ganzen Betrag von 252 Fr. herauszahlen, um den sie diese durch das saubere Leistungssystem in anderthalb Jahren bestohlen hat, außerdem hat sie die 55 Fr. an Gewerbegebührenkosten zu betappen. Das Urteil hat aber dem schändlichen Ausbeutungskniff kein Ende bereitet, obgleich es durch Artikel 10 des schweizerischen Fabrikgesetzes ausgeschlossen sein sollte. Die Arbeiter und Arbeiterinnen der Firma Gardy haben nicht den Verdienst eingeklagt, um den sie seit Jahren beraubt worden sind. Sie unterzeichneten — wenn auch innerlich mitschmend — ein besonderes Abkommen mit der Firma, in dem sie sich mit der schmutzigen, geschwindrigen Praxis einverstanden erklärten!

Ein anderer großer Teil der Genfer Arbeiterinnen geht seinem Erwerb in den zahlreichen Visluisfabriken nach. Ihre Entlohnung schreit zum Himmel. Sie erzielen bei elfstündigem Arbeitstag einen Durchschnittsverdienst von 1,50 Fr. Am vierzehntägigen Zahltag bringen sie den „horrenden Verdienst“ von 10 bis 12 Fr. nach Hause. Verhältnismäßig am besten verdienen noch die Tabakarbeiterinnen. Sie bringen es auf eine tägliche Einnahme von 4 Fr. Ihre bessere Entlohnung verdanken sie der starken und festgebauten Organisation, der sie angehören. Kaum besser als die Industriearbeiterinnen sind ihre Schwestern in den Handelsgeschäften und Warenhäusern daran. Die größten Warenhäuser Genfs, die zwölfstündige Arbeitszeit haben, bezahlen den neueintretenden Verkäuferinnen ein Monatsgehalt von 25 Fr., das in langen Jahren bis auf höchstens 100 Fr. steigt. Die Verkäuferinnen müssen sich trotz diesem Hungergehalt immer in bester Toilette präsentieren und sind obendrein einem schikanösen Beaufsichtigungssystem und Bußensystem unterworfen. Mit anderen Städten teilt Genf den traurigen Ruhm, daß seine Mauern ein außergewöhnlich großes Heer von Prostituierten beherbergen. Die Ursachen dieser Erscheinung liegen auf der Hand. Die teuren

Lebensmittel- und Wohnungspreise der Stadt schließen es bei dem niedrigen Verdienst aus, daß ein allein auf sich angewiesenes Mädchen seine Existenzkosten mit dem Ertrag redlicher Arbeit deckt. Die kapitalistische Ausbeutung der Frauenarbeit wird auch hier zur Kupplerin der Prostitution. H. W.

Sozialistische Frauenbewegung im Ausland.

Elise Dunkel †. In Winterthur ist im Juli eine der ersten Vorkämpferinnen der schweizerischen Arbeiterinnenbewegung gestorben: Elise Dunkel. Als Kind armer Eltern, früh verwaisst, dann Dienstmädchen, bis der Geliebte sie in ein bescheidenes eigenes Heim führen konnte, hat sie die Härten einer proletarischen Existenz in reichem Maße erfahren. Sie gehörte zu den ersten Proletarierinnen in der Schweiz, die die Notwendigkeit der Befreiung durch den Sozialismus erkannten. Als 1887 in Winterthur der erste sozialistische Arbeiterinnenverein gegründet wurde, trat sie ihm bei und hat ihn länger als ein Jahrzehnt geleitet. Mehr als 8 Jahre war sie Zentralvorsitzende des schweizerischen Arbeiterinnenverbandes. Es waren nicht hervorragende Leistungen in der Öffentlichkeit, die ihr das allgemeine Vertrauen erwarben, es war ihr unermüdeliches, treues Wirken im stillen, ihr gerader, lauterer Charakter, ihr unerschrockenes Eintreten für das Recht. Für Genossin Dunkel war der Sozialismus nicht bloß eine klare Erkenntnis, sondern heilige Herzenssache. Sie hat ihm alles gegeben, was sie zu geben vermochte, so hat sie vielen ein Beispiel gelebt, die in der Stille für den Sozialismus wirken.

Die fünfte Frauenrechtskonferenz der Genossinnen in Österreich wird am 30. und 31. Oktober stattfinden. Auf der provisorischen Tagesordnung stehen folgende Punkte: 1. Berichte. 2. Internationale Frauenkonferenz und Frauentag. 3. Neuwahl des Frauenrechtskomitees. 4. Die bürgerlichen Rechte der Frau und Mutter. 5. Verschiedenes. Das Delegierungsrecht zu der österreichischen Frauenkonferenz steht jeder sozialdemokratischen Frauenorganisation zu, ferner den Gewerkschaftsverbänden, die weibliche Mitglieder haben. Bemerkte sei noch, daß die nächste Internationale Sozialistische Frauenkonferenz in Wien tagen wird im Anschluß an den nächsten Internationalen Sozialistischen Kongress, also wahrscheinlich im August 1914.

Frauenstimmrecht.

Die fünfte Generalversammlung des Deutschen Verbandes für Frauenstimmrecht wird vom 5. bis 8. Oktober in Eisenach tagen. Sie hat sich mit den üblichen Geschäftsberichten zu befassen, ferner stehen zur Verhandlung Referate über die Internationale Frauenstimmrechtsbewegung über einzelne Frauenberufe und über das Thema: „Gewaltpolitik und Frauenstimmrecht“, das durch die „kriegerische“ Taktik der Suffragetten von aktueller Bedeutung ist. Das Hauptinteresse der Delegierten wird sich aber auf die Wahl der Vorsitzenden konzentrieren und auf die Beratung des Satzungsentwurfs, für die ein ganzer Verhandlungstag vorgesehen ist. Die Generalversammlung wird die Entscheidung darüber bringen, ob der Verband schon jetzt die Rechtschwendung mitmacht, die die Weiratskonferenz zu Weimar in Gestalt des Beschlusses vollzogen hat, die klipp und klare Forderung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für Frauen und Männer fallen zu lassen.

Frauenrechtlerische Polemik. Die Ausführungen des Genossen Breitscheid (siehe Nr. 19 und 22 der „Gleichheit“) stören noch immer den Seelenfrieden von Frau Perlen. Sie hat uns einen zweiten offenen Brief an den Genossen Breitscheid zugesandt. Er lautet: Ich möchte nur auf den ersten Teil Ihrer Erwidderung eingehen, um Ihnen zu sagen, daß Sie nicht nur davon sprachen, daß die Demonstrantinnen das Material seien usw., sondern daß der schöne Schluppassus Ihres Artikels wie folgt lautete:

„Hoffentlich haben wenigstens ein paar Kinematographen die große Szene aufgenommen. Die Films können auf dem internationalen Kongress der bürgerlichen Frauenstimmrechtsorganisationen in Budapest vorgeführt werden. Die deutschen Damen zeigen dann der Welt, wie das Material aussieht, mit dem sie das ‚Recht der Frau‘ zu erlämpfen gedenken.“

Was den zweiten Teil Ihrer Ausführungen, geehrter Herr Doktor, anbelangt, so muß ich schon sagen, daß ich dieselben für unmöglich gehalten hätte von einem Manne, der, wie Sie, mitten im politischen Leben steht. Sie wissen so gut wie ich, daß unerbittliche Besprechungen auf der Weiratskonferenz stattgefunden hatten, daß keine von den Frauen, die heute an der Spitze des deutschen Verbandes für Frauenstimmrecht stehen, daran denkt,

eine Abschwächung der Wahlrechtsforderung vorzunehmen oder gegen die Interessen der Proletarierinnen einen Schritt zu tun. — Sie wissen ebenso gut wie ich, daß nur die Generalversammlung der Platz ist, wo Beschlüsse gefaßt werden können. Deshalb meine ich, hätten Sie mit Ihren Anschuldigungen zum mindesten zu warten gehabt, bis ein Beschluß der nächsten Generalversammlung vorliegt, der Ihnen das Recht zu Ihrem abfälligen Urteil geben würde.

Frida Perlen, Stuttgart.

Frau Perlens Logik steht nicht auf der Höhe ihrer Lust an Schreibübungen. Die berichtigungsfreudige Dame erklärt, sie möchte nur auf den ersten Teil der Einwendung des Genossen Breitscheid eingehen. Dieser Eidswur hindert sie aber nicht, sich recht ausgiebig mit dem zweiten Teil zu beschäftigen. Jeder blamiert sich so gut er kann. Was die strittige Frage selbst anbetrifft, so beweist gerade das Zitat aus dem Artikel unseres Genossen, was Frau Perlen nicht zugeben will. Nämlich, daß die kritisierenden Ausführungen sich gegen die bürgerlichen Frauen im allgemeinen richteten und nicht gegen die Damen der Frauenstimmrechtsorganisationen. Oder glaubt Frau Perlen allen Ernstes, das „Fähnlein der sieben Aufrechten“ in den bürgerlichen Frauenstimmrechtsvereinen repräsentiere allein die bürgerliche Frauenwelt im Deutschen Reich und die soziale Macht, die diese in dem Kampfe für das politische Bürgerrecht des weiblichen Geschlechts einsehen könnte und einsehen müßte? Was die weitere Polemik gegen den Genossen Breitscheid anbetrifft, so ist es mehr als unklug, daß Frau Perlen Vorgänge und Entwicklungen bestreitet, die geradezu atemmäßig feststehen und ihren greifbarsten Ausdruck darin gefunden haben, daß Frau Tauer auf der Generalversammlung des preussischen Frauenstimmrechtsvereins aus dem Vorstand dieser Organisation ausgeschieden und durch die schmiegsamere Frau Deutsch ersetzt worden ist. Übrigens ist der Sinn dieser Vorgänge und Entwicklungen erst neulich wieder durch den internationalen Kongreß der Frauenstimmrechtlerinnen zu Budapest beleuchtet worden. Um zu zeigen, wie unvorsichtig Frau Perlen mit ihren Behauptungen ist, haben wir Genossin Breitscheid ersucht, sich zu ihnen zu äußern. Diese hat nämlich noch als Mitglied des Beirats der frauenrechtlichen Stimmrechtsorganisation an der Konferenz zu Weimar teilgenommen. Gerade der dort eingeleitete Verrat des demokratischen Wahlrechts hat sie dazu bestimmt, der bürgerlichen Frauenrechtelei den Rücken zu kehren. Mit ihrer Darstellung halten wir Frau Perlens Polemik für erledigt. Genossin Breitscheid schreibt:

Geehrte Frau Perlen! Gestatten Sie mir, auf den zweiten Teil Ihres neuen Briefes etwas näher einzugehen. Sie schreiben, daß unverbindliche Besprechungen auf der Weiratskonferenz stattgefunden hätten, und daß „keine von den Frauen, die heute an der Spitze des deutschen Verbandes für Frauenstimmrecht stehen, daran denkt, eine Abschwächung der Wahlrechtsforderung vorzunehmen oder gegen die Interessen der Proletarierinnen einen Schritt zu tun“. Als Frauen, die an der Spitze des Verbandes stehen, sind doch wohl die Vorstandsmitglieder anzuspprechen. Von diesen haben aber wenigstens vier, wenn nicht gar fünf auf der Weiratskonferenz in Weimar dafür gestimmt, daß der Generalversammlung des deutschen Verbandes für Frauenstimmrecht eine Änderung der Satzungen im Sinne des Antrags von Dr. Augsburg vorgeschlagen werden soll. (Siehe Protokoll der Weiratsitzung, das ich aus dem Gedächtnis zitiere.) Unter diesen fünf respektive vier Frauen, die sich für die Änderung erklärten, war übrigens auch die erste Vorsitzende des Verbandes. Nur zwei respektive drei Frauen erklärten sich gegen den Vorschlag. Diese sogenannte unverbindliche Besprechung hatte also ein Resultat, das zum mindesten den Vorstand band. Er wurde durch die Abstimmung verpflichtet, der Generalversammlung den Beschluß des Beirats vorzulegen und auch für ihn einzutreten, wenn anders solche Bestimmungen überhaupt einen Sinn haben sollen. Der erste Antrag von Frau Perlen sah aber nicht das direkte Wahlrecht vor und wählte für die übrigen Forderungen eine Fassung, die es jedem Mitglied erlaubt, etwas mehr oder etwas weniger darin zu sehen. Außerdem bleibt die Tatsache, daß man es für nötig hielt, die klare und unmißverständliche Fassung abzuändern: der Verband „erstreckt das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht für die Frauen“. Warum? Doch nur, um es weiter rechtsstehenden Frauen zu ermöglichen, in den Verband einzutreten. Diese Tatsache allein genügt ja, um den von uns erhobenen Vorwurf zu erhärten, daß die Wahlrechtsforderung abgeschwächt werden sollte. Sie abschwächen bedeutet aber, den Interessen der Arbeiterinnen entgegenarbeiten, das wird wohl selbst Frau Perlen nicht bestreiten wollen.

Gewiß hat die Generalversammlung das letzte Wort. Aber die Stimmenverteilung auf der Generalversammlung kann schon jetzt ungefähr berechnet werden, da auf der Weiratsitzung in Weimar außer Baden alle Landesvereine und Provinzialvereine vertreten waren und durch ihre Vertreter abgestimmt haben. Es ist möglich, daß hier und da ein Verein anders votieren wird, als man jetzt annimmt, denn inzwischen sind neue Momente aufgetaucht, die die ganze Lage unübersichtlicher machen. Der Kampf um die Präsidentschaft wird in Eisenach ebenso heiß sein wie der um die Majorität in der Wahlrechtsfrage, und er wird diesen stark beeinflussen. Aber so viel ist sicher: für die Aufrechterhaltung der Forderung des allgemeinen, gleichen, direkten, geheimen Wahlrechts ist im Verband keine arbeitsfähige Mehrheit vorhanden. Selbst wenn, was nicht anzunehmen ist, die Vertreter dieser Forderung eine kleine Mehrheit hinter sich bekommen sollten, so würde ihnen das nichts helfen, denn so viel Energie bringen sie nicht auf, den anderen den Stuhl vor die Tür zu setzen. Und wenn die Gegner innerhalb des Verbandes weiterwählen können, so ist an ein gedeihliches Arbeiten nicht zu denken. Auch wenn die Bestrebungen derer Erfolg haben sollten, die auf der Generalversammlung noch eine andere Formulierung in Vorschlag bringen wollen, würde an der Entwicklung der Dinge und damit an unserer Auffassung nichts geändert werden. Solange nicht die große Mehrheit des Verbandes erklärt: wir erkennen die alte Fassung als die einzig richtige an, solange sie nicht damit den Vorstand desavouiert, so lange nehmen wir das Recht für uns in Anspruch, die Weimarer Weiratskonferenz als den ersten Schritt auf einem Wege zu bezeichnen, der den Interessen der Proletarierinnen zuwiderläuft.

Tony Breitscheid.

Die Ausübung des Wahlrechts durch die Frauen wird durch die folgenden Angaben illustriert. Bei den letzten Gemeinderatswahlen in der kalifornischen Universitätsstadt Berkeley waren 18 597 Wahlberechtigte in die Wählerlisten eingetragen, 9936 Männer und 8661 Frauen. Noch nicht einmal die Hälfte der Wahlberechtigten stimmte ab, nämlich nur 8576 oder 46 Prozent. Es waren 4874 Männer und 3702 Frauen zur Urne gegangen. Von den wahlberechtigten Männern hatten 49 Prozent, von den wahlberechtigten Frauen nur 42,7 Prozent abgestimmt. Da die Frauen in Kalifornien noch nicht lange das Bürgerrecht in Staat und Gemeinde besitzen und erst zur vollen Ausnützung des Stimmzettels erzogen werden müssen, widerlegt ihre Wahlbeteiligung das Gerücht, das weibliche Geschlecht wolle das Wahlrecht gar nicht.

Die Frau in öffentlichen Ämtern.

Die Zahl der weiblichen Gewerbeaufsichtsbeamten in Preußen ist nach der neuesten „Übersicht über die Organisation des Gewerbeaufsichtsdienstes“ von 14 auf 18 gestiegen. Neu eingestellt wurden im letzten Jahre Gewerbeinspektionsassistentinnen in: Bielefeld, Krefeld, Erfurt und Reichenbach i. Schl., also in Zentren der Textil- und der Konfektionsindustrie.

Eine Polizeiaffistentin in Plauen i. V. ist kürzlich angestellt worden. Ihr Wirken soll sich hauptsächlich auf die Gebiete der Wohlfahrtspflege und Sittenpolizei erstrecken. Außer in Plauen amtiert in Straßburg i. E. und in Altona eine Polizeiaffistentin.

Die Ausbildung weiblicher Gemeindebeamten hat die Stadt Aschersleben in Aussicht genommen. Der Plan verdient Berücksichtigung und Nachahmung.

Inhaltsverzeichnis.

Zur Haltung der Reichstagsfraktion. — Eine Ursache des Geburtenrückgangs. I. Von Heinrich Vogel. — Die amerikanische Frau vor dem bürgerlichen Recht. Von Meta L. Stern. — Zum Geburtenrückgang in Berlin. Von Minna Guldner. — Hier werden Lehrlingmädchen verlangt! Von Emil Unger.

Aus der Bewegung: Die Entwicklung der proletarischen Frauenbewegung im Geschäftsjahr 1912/13. — Von der Agitation. — Die sozialdemokratische Frauenbewegung im Bezirk Nordwest. — Die Ferienpausiergänge der Kinderschutzkommission in Frankfurt a. M. — Politische Rundschau. Von H. B. — Gewerkschaftliche Rundschau. — Arbeitslosenräumung im Deutschen Textilarbeiterverband. — Eine Konferenz der Trikotarbeiterinnen von Stuttgart und Umgebung. Von H. R. — Aus der Holzarbeiterbewegung. Von H. K. — Das Verbandshaus der Holzarbeiter in Berlin. Von H. K. — Genossenschaftliche Rundschau. Von H. F.

Notizenteil: Dienstbotenfrage. — Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen. — Sozialistische Frauenbewegung im Ausland. — Frauenstimmrecht. — Die Frau in öffentlichen Ämtern.

Verantwortlich für die Redaktion: Frau Clara Zetkin (Bundel), Wilhelmshöhe, Post Degerloch bei Stuttgart.

Druck und Verlag von J. D. W. Metz Nachf. G. m. b. H. in Stuttgart.